



PROZESS UMWELT UND
GESUNDHEIT IN EUROPA



Halbzeitbilanz auf hoher Ebene des Europäischen Prozesses Umwelt und Gesundheit

Haifa (Israel), 28. - 30. April 2015
TAGUNGSBERICHT



Weltgesundheitsorganisation

REGIONALBÜRO FÜR **Europa**

Europäische Sonderarbeitsgruppe
Umwelt und Gesundheit
Halbzeitbilanztagung
Haifa (Israel), 28. - 30. April 2015

EURO/EHTF-MTR
April 2015
Original: Englisch

**Halbzeitbilanz auf hoher Ebene
des Europäischen Prozesses
Umwelt und Gesundheit**

Haifa (Israel), 28. - 30. April 2015

TAGUNGSBERICHT

Zusammenfassung

Die Halbzeitbilanztagung auf hoher Ebene zur Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa und seines institutionellen Rahmens fand vom 28. - 30. April 2015 in Haifa (Israel) statt. Auf der Tagung wurden die Erfüllung der Verpflichtungen überprüft, die die Mitgliedstaaten und Akteure gemäß der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit eingegangen waren, die Herausforderungen bewertet, mit denen die Mitgliedstaaten noch konfrontiert sind, strategische Partnerschaften überprüft sowie zukünftige Prioritäten und ein Fahrplan zur Vorbereitung auf die Sechste Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit im Jahr 2017 festgelegt. Die Sonderarbeitsgruppe aktualisierte ihre Geschäftsordnung und beschloss den Arbeitsauftrag der Ad-hoc-Gruppe.

Schlüsselwörter

ENVIRONMENTAL HEALTH
ENVIRONMENTAL POLICY – trends
CONGRESSES
EUROPE

Anfragen zu Veröffentlichungen des WHO-Regionalbüros für Europa richten Sie bitte an:

Publications
WHO Regional Office for Europe
UN City
Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen Ø
Dänemark

Oder füllen Sie auf der Website des Regionalbüros für Europa ein Online-Formular für Dokumentation/Information bzw. die Genehmigung zum Zitieren/Übersetzen aus (<http://www.euro.who.int/PubRequest?language=German>).

© Weltgesundheitsorganisation 2015

Alle Rechte vorbehalten. Das Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation begrüßt Anträge auf Genehmigung zur teilweisen oder vollständigen Reproduktion oder Übersetzung seiner Veröffentlichungen.

Die in dieser Publikation verwendeten Bezeichnungen und die Darstellung des Stoffes beinhalten keine Stellungnahme seitens der Weltgesundheitsorganisation bezüglich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets bzw. ihrer Regierungs-/Verwaltungsinstanzen oder bezüglich des Verlaufs ihrer Staats- oder Gebietsgrenzen. Gestrichelte Linien auf Karten bezeichnen einen ungefähren Grenzverlauf, über den möglicherweise noch keine vollständige Einigkeit besteht.

Die Erwähnung bestimmter Firmen oder Erzeugnisse bedeutet nicht, dass diese von der Weltgesundheitsorganisation unterstützt, empfohlen oder gegenüber ähnlichen, nicht erwähnten bevorzugt werden. Soweit nicht ein Fehler oder Versehen vorliegt, sind die Namen von Markenartikeln als solche kenntlich gemacht.

Die Weltgesundheitsorganisation hat alle angemessenen Vorkehrungen getroffen, um die in dieser Publikation enthaltenen Informationen zu überprüfen. Dennoch wird das veröffentlichte Material ohne irgendeine explizite oder implizite Gewähr herausgegeben. Die Verantwortung für die Deutung und Verwendung des Materials liegt bei der Leserschaft. Die Weltgesundheitsorganisation schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die sich aus der Verwendung des Materials ergeben. Die von den Autoren, Redakteuren oder Expertengruppen geäußerten Ansichten sind nicht unbedingt Ausdruck der Beschlüsse oder der erklärten Politik der Weltgesundheitsorganisation.

Inhalt

Danksagung.....	3
Eröffnung der Tagung, Wahl der Tagungsleitung und Annahme der Tagesordnung.....	4
Bericht über Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit.....	7
Probleme und gewonnene Erkenntnisse.....	9
Die Steuerung des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa.....	12
Umsetzungsprioritäten bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit.....	15
Strategische Partnerschaften des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa.....	17
Zukünftige Themen und Prioritäten: Fahrplan bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit.....	19
Sonstiges und Abschluss der Tagung.....	22
Anhang 1. Tagungszweck.....	24
Anhang 2. Arbeitsprogramm.....	25
Anhang 3: Zusammenfassung der zentralen Botschaften von der Tagung durch den Vorsitzenden.....	29
Anhang 4: Teilnehmerliste.....	34

Danksagung

Die Ausrichtung der Halbzeitbilanztagung auf hoher Ebene und die Organisation der zugehörigen Exkursionen wurden großzügigerweise von der Regierung von Israel übernommen.

Eröffnung der Tagung, Wahl der Tagungsleitung und Annahme der Tagesordnung

1. Die Halbzeitbilanztagung auf hoher Ebene zur Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa (EHP) und seines institutionellen Rahmens fand auf freundliche Einladung der Regierung von Israel am 29. und 30. April 2015 in Haifa (Israel) statt. Der Tagung gingen zwei Exkursionen am 28. April voraus, eine zu einem Kohlekraftwerk und einer Wasserentsalzungsanlage und die andere zu einer Abwasserbehandlungsanlage und einer Trinkwasseraufbereitungsanlage. Anhang 1 enthält den Tagungszweck, Anhang 2 das Arbeitsprogramm, Anhang 3 die Zusammenfassung der zentralen Botschaften von der Tagung durch den Vorsitzenden und Anhang 4 die Teilnehmerliste.
2. Nach einer kurzen Darbietung des Kinderchors der Romema-Grundschule in Haifa wurde die Tagung von Herrn Alexander Nies (Deutschland), dem m Vorsitzenden der Sonderarbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit, dem Vorsitzenden der Sonderarbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit, offiziell eröffnet. Herr Nies dankte den israelischen Gastgebern für ihre großartigen Bemühungen bei der Vorbereitung der Tagung und für die Organisation der zwei Exkursionen für die Teilnehmer am Vortag. Er lobte des Weiteren die Anstrengungen der Ad-hoc-Gruppe der Sonderarbeitsgruppe, die in den vorhergehenden Monaten die Tagung vorbereitet habe.
3. Die Halbzeitbilanztagung diene dazu, die Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtungen zu überprüfen, die die Mitgliedstaaten und die internationalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und anderen Akteure im Prozess Umwelt und Gesundheit in Europa eingegangen seien, die Herausforderungen zu bewerten, mit denen die Mitgliedstaaten noch konfrontiert seien, strategische Partnerschaften zu überprüfen sowie zukünftige Prioritäten zur Vorbereitung auf die Sechste Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit festzulegen, die für 2017 terminiert sei.
4. Herr David Leffler, Generaldirektor, Ministerium für Umweltschutz, Israel, hieß die Teilnehmer in seiner Heimatstadt Haifa willkommen und fasste kurz die wesentlichen Herausforderungen seines Landes im Bereich Umwelt und Gesundheit zusammen, zu denen auch die Luftgüte und gefährliche Chemikalien zählen würden. Ökologische und soziale Ungleichheit sei eine weitere Herausforderung, weil die meisten benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft auch diejenigen seien, die am stärksten von Umweltdegradation betroffen seien. Die israelische Regierung arbeite Anpassungs- und Klimaschutzpläne aus, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen und Forschung zu den Wechselbeziehungen zwischen Umweltgefahren und der menschlichen Gesundheit zu fördern.
5. Herr Arnon Afek, Generaldirektor, Gesundheitsministerium, Israel, ebenfalls aus Haifa stammend, hieß die Teilnehmer in Israel willkommen und sagte, Umweltthemen seien nicht nur etwas für Fachleute, sondern könnten auch zum Frieden zwischen Völkern beitragen.
6. Die WHO-Regionaldirektorin für Europa Zsuzsanna Jakab dankte der Regierung von Israel für ihre großzügige Gastfreundschaft und lobte den großen Einsatz aller Beteiligten an den Tagungsvorbereitungen. Sie hieß den Direktor der Abteilung für Umwelt der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) Marco Keiner willkommen, der den UNECE-Exekutivsekretär Christian Friis Bach vertrat.

7. Sie fasste kurz die positiven Entwicklungen im Bereich Umwelt und Gesundheit seit der Annahme der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit im Jahr 2010 zusammen. Es würden jedoch noch viele Herausforderungen bestehen. Der Prozess Umwelt und Gesundheit solle zur Politikdebatte über Asbest beitragen und vor allem zu der Frage, ob Chrysotilasbest als eine der Chemikalien, für die vor dem Import eine Genehmigung eingeholt werden muss, in Anhang III des Rotterdamer Übereinkommens aufgenommen werden solle. Diese Frage werde auf der gemeinsamen Konferenz der Vertragsparteien der Übereinkommen von Basel, Rotterdam und Stockholm im Mai 2015 erörtert werden.
8. Es sei wesentlich, dass die seit der Konferenz von Parma gewonnenen Forschungsergebnisse in fundierte politische Entscheidungen umgesetzt würden. Beispielsweise habe die Luftverschmutzung 2012 in der Europäischen Region der WHO 600 000 vorzeitige Todesfälle verursacht und zu den Todesfallzahlen aufgrund von Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen sowie Krebs beigetragen. Laut Schätzungen in einem gerade vom WHO-Regionalbüro für Europa und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlichten Bericht¹ wären die Menschen in den 53 Mitgliedstaaten der Europäischen Region bereit, 1,6 Billionen US-\$ zu zahlen, um die von der Luftverschmutzung verursachten Todesfälle und Erkrankungen zu vermeiden: Der Prozess Umwelt und Gesundheit könne helfen, die geeigneten Maßnahmen zu bestimmen, die von Regierungen auf dieser Evidenzgrundlage ergriffen werden sollten. Die Weltgesundheitsversammlung werde im Mai 2015 einen Resolutionsentwurf zum Thema Luftverschmutzung erörtern.
9. Eine andere Aufgabe der Tagungsteilnehmer sei die Überprüfung der Steuerung des Prozesses. Die Sonderarbeitsgruppe habe eine Ad-hoc-Gruppe gebildet, eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Handlungsrahmens für Klimawandel und Gesundheit (HIC) und eine Arbeitsgruppe Kommunikation. Die Teilnehmer müssten entscheiden, wie sie die Umwelt- und Gesundheitsminister enger in den Prozess einbinden können und welche neuen strategischen Partnerschaften sie verfolgen sollten.
10. Es sei wichtig, die Mitgliedstaaten auf der Landesebene bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemäß der Erklärung von Parma und ihren Vorbereitungen auf die Sechste Ministerkonferenz zu unterstützen. Zukünftige Fortschritte seien von ressortübergreifender Zusammenarbeit abhängig: Der Prozess müsse die notwendige Evidenz hervorbringen, um Minister aus anderen Ressorts zu überzeugen und ihr politisches Engagement zu gewinnen.
11. Schlussendlich solle die Sonderarbeitsgruppe entscheiden, worauf die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen in der verbleibenden Zeit bis zur Sechsten Ministerkonferenz konzentrieren sollten, um ihre Verpflichtungen gemäß der Erklärung von Parma so umfassend wie möglich zu erfüllen. Der nächsten Konferenz müsse eine robuste Reflexion über die beispiellosen globalen und grenzüberschreitenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Bereich Umwelt und Gesundheit und über den veränderten Kontext zugrunde gelegt werden, in dem die Mitgliedstaaten im 21. Jahrhundert operieren. In der aktuellen Weltfinanzkrise könne es geschehen, dass Maßnahmen im Bereich Umwelt und Gesundheit als ein kostspieliger Luxus oder als Hindernis für wirtschaftspolitische Ziele betrachtet werden, und das größer werdende sozioökonomische Gefälle komme in umweltbedingten Ungleichheiten im Gesundheitsbereich zum Ausdruck. Das Politikumfeld habe sich seit der Annahme

¹ WHO-Regionalbüro für Europa, OECD. Economic cost of the health impact of air pollution in Europe: Clean air, health and wealth. Kopenhagen: WHO-Regionalbüro für Europa; 2015.

der Erklärung von Parma geändert: Neue Politikplattformen wie „Gesundheit 2020“ und die laufende Debatte über die Agenda für nachhaltige Entwicklung nach 2015 würden für eine integrierte Reaktion auf die zugrunde liegenden sozialen, ökonomischen und umweltbedingten Determinanten von Gesundheit plädieren. Der Prozess müsse sich selbst fest in diesem neuen Rahmen verankern, bestehende strategische Partnerschaften stärken und mit den multilateralen Umweltabkommen, der Europäischen Union, internationalen Finanzinstitutionen und anderen maßgeblichen Akteuren neue Partnerschaften eingehen.

12. In einer Videobotschaft sagte UNECE-Exekutivsekretär Christian Friis Bach, es seien zahlreiche Erkenntnisse verfügbar, um die negativen gesundheitlichen Auswirkungen und die wirtschaftlichen Kosten umweltbedingter Risikofaktoren aufzuzeigen. Die WHO und UNECE hätten bereits umfassend mit multilateralen Umweltabkommen wie dem Protokoll über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen von 1992 über den Schutz und die Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen, dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung und dem Paneuropäischen Programm Verkehr, Gesundheit und Umwelt (THE PEP) zusammengearbeitet. Es müsse jedoch noch mehr getan werden, um das Bewusstsein für Probleme im Bereich Umwelt und Gesundheit zu schärfen und insbesondere sicherzustellen, dass sie Prüfungen im Bereich Umwelt und Gesundheit, die zukünftigen Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Entwicklungsprozess nach 2015 berücksichtigen.
13. Der Direktor der Abteilung für Umwelt von UNECE Marco Keiner betonte, dass es notwendig sei, die transnationale und interinstitutionelle Zusammenarbeit zu stärken und mehr integrierte Planung zwischen Ministerien auf der nationalen Ebene sicherzustellen. Das Themenspektrum der zukünftigen Ziele für die nachhaltige Entwicklung umfasse viele Themen, die in das Mandat des Prozesses Umwelt und Gesundheit fallen würden. UNECE messe der Zusammenarbeit mit dem WHO-Regionalbüro für Europa und anderen Organisationen wie dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hohen Wert bei.
14. Dr. Itamar Grotto, Direktor, Öffentliche Gesundheitsdienste, Israel, stellte die neuere Veröffentlichung *Environmental Health in Israel 2014* vor.¹ Die Luftgüte sei ein großes Problem in Israel: Feinstaub, Ozon und andere Luftschadstoffe würden über den international empfohlenen Konzentrationen liegen. Ungefähr 50% des Trinkwassers sei entsalztes Meerwasser. Es sei von hoher Qualität, könne aber potenziell die Kalzium- und Magnesiumaufnahme der Bevölkerung verringern. Abwasser werde behandelt und verbreitet zu Bewässerungszwecken genutzt, was zu Besorgnis über den potenziellen Eintritt von Klärschlämmen, Schwermetallen und Pharmazeutika in die Nahrungsmittelkette führe. Weitere Anlässe zu Besorgnis seien Pestizide, gefährliche Chemikalien in Kinderspielzeug und die Exposition gegenüber Passivrauch.

Wahl der Tagungsleitung

15. Herr Leffler und Herr Afek wurden als Ko-Vorsitzende der Halbzeitbilanztagung gewählt. Herr Nies (Deutschland), der EHTF-Vorsitzende, und Herr Dragan Gjorgjev (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien), der EHTF-Ko-Vorsitzende, führten den Vorsitz über die Beratungen.

¹ Verfügbar unter http://www.health.gov.il/PublicationsFiles/BSV_sviva2014E.pdf (eingesehen am 30. Mai 2015).

Annahme der Tagesordnung

16. Die vorläufige Tagesordnung (Dokument EURO/EHTF-MTR/03 Rev.2) und das Arbeitsprogramm (Dokument EURO/EHTF-MTR/04) wurden angenommen.

Bericht über Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit

17. Herr Krunoslav Capak (Kroatien) stellte den Halbzeitbilanzbericht (Dokument EURO/EHTF-MTR/06) mit dem Titel *Verbesserung von Umwelt und Gesundheit in Europa: Wie weit sind wir gekommen?* vor. Dafür ging er auf die Fortschritte bei der Verwirklichung der fünf zeitgebundenen Ziele in der Erklärung von Parma ein. In Bezug auf das zeitgebundene Ziel 1 (Bis 2020 für alle Kinder in der Region sichere Wasserver- und Abwasserentsorgung herbeiführen) würden Schätzungen besagen, dass eine Investition in Höhe von 1 US-Dollar eine durchschnittliche wirtschaftliche Rendite von 4,8 US-\$ erbringt. Mehr als 90% der Einwohner der Europäischen Region würden Zugang zu so genannter „verbessertes“ Wasserver- und Abwasserentsorgung haben. 100 Mio. Menschen hätten jedoch noch immer kein Leitungswasser im Haushalt, und 2 Mio. müssten ihre Notdurft im Freien verrichten. Infolgedessen würden schätzungsweise pro Tag 10 Einwohner der Europäischen Region an Diarrhöe aufgrund unzureichender Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygiene sterben.
18. Hinsichtlich des zeitgebundenen Ziels 2 (Bis 2020 gesunde und sichere Umfelder für Zufußgehen, Radfahren und körperliche Betätigung schaffen) biete die Prävalenz von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen (11 - 30% bei 11-Jährigen und 10 - 23% bei 15-Jährigen) weiterhin Anlass zu großer Sorge, insbesondere in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.
19. Bezüglich des zeitgebundenen Ziels 3 (Bis 2015 Innenräume gesund und frei von Tabakrauch machen) hätten die meisten Staaten Maßnahmen ergriffen, um die Innenraumluft, schlechte Lüftung und die Exposition gegenüber Schimmel und Feuchte zu verbessern. Bis 2012 hätten neun Länder in der Europäischen Region Rauchen an allen öffentlichen Orten und 38 Länder Rauchen in Schulen verboten.
20. Im Hinblick auf das zeitgebundene Ziel 4 (Bis 2015 die Umfelder von Kindern vor toxischen Chemikalien schützen) gebe es neue Erkenntnisse über die negativen gesundheitlichen Auswirkungen der Exposition gegenüber endokrin wirksamen Substanzen und Quecksilber. Human-Biomonitoring zeige abnehmende Konzentrationen persistenter organischer Schadstoffe (POP) in Muttermilch, die Dioxinwerte seien jedoch immer noch hoch.
21. In Bezug auf das zeitgebundene Ziel 5 (Bis 2015 Maßnahmen zur Eliminierung asbestbedingter Krankheiten entwickeln) sei die Inzidenz asbestbedingter Krankheiten aufgrund ihrer langen Latenzzeit jetzt auf dem Höchststand. Bis 2014 hätten 37 Mitgliedstaaten der Europäischen Region alle Formen von Asbest verboten. Über die Aufnahme von Chrysotilasbest in Anhang III des Rotterdamer Übereinkommens sei noch kein Konsens erzielt worden.
22. Die Gesundheit in der Europäischen Region leide bereits als Folge des Klimawandels, was beispielsweise die Überschwemmungen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien im Jahr 2014 zeigen würden, bei denen 60 Menschen ums Leben gekommen seien. Zu den Risiken würden Hitzewellen, Stürme, Überschwemmungen und eine höhere Prävalenz von Vektorkrankheiten zählen. 32 Mitgliedstaaten hätten nationale Bewertungen von gesundheitlicher Anfälligkeit, Wirkung und Anpassung

durchgeführt und 22 hätten das Thema Gesundheit in nationale Anpassungspläne einbezogen. Die Finanzierung dieser Aktivitäten würde jedoch häufig nicht im Jahreshaushalt berücksichtigt. Weniger sei geschehen im Hinblick auf die Integration von Gesundheit in Strategien für kohlenstoffarme Entwicklung zur Anpassung an den Klimawandel und auf die Ökologisierung des Gesundheitssektors. Die Sonderarbeitsgruppe habe eine Arbeitsgruppe zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels gebildet.

23. Wertvolle Partnerschaften seien mit den Sekretariaten multilateraler Umweltabkommen (Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, UNEP, UNECE), dem THE PEP, dem Jugendbündnis für Umwelt und Gesundheit in Europa, der Weltorganisation für Meteorologie, dem Regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa, europäischen Behörden und maßgeblichen nichtstaatlichen Organisationen eingegangen worden.
24. In der Zusammenfassung hätten die Anstrengungen zur Umsetzung der Erklärung von Parma gemischte Resultate gehabt. Die Mitgliedstaaten hätten einerseits Maßnahmen in Bezug auf die Umweltdeterminanten von Gesundheit ergriffen und substantielle Informationen zur Fortschrittsbewertung bereitgestellt. Andererseits seien die erzielten Fortschritte uneinheitlich, beispielsweise seien der Ozon- und Feinstaubgehalt in der Luft unverändert geblieben.
25. Der Vorsitzende dankte dem gesamten an der Ausarbeitung des Halbzeitbilanzberichts beteiligten Team einschließlich des Europäischen Zentrums der WHO für Umwelt und Gesundheit in Bonn (Deutschland) für seine Bemühungen und lobte es für seine Errungenschaften.

Podiumsdiskussion

Podiumsmitglieder: Artur Buiuklianov, Staatliches Hygiene- und Epidemiologie-Kontrollzentrum, Bischkek, Kirgisistan; Marie-Christine Dewolf, Bündnis Umwelt und Gesundheit (HEAL); Preben Ottesen, Norwegisches Institut für öffentliche Gesundheit; Anna Páldy, Nationales Institut für Umwelt und Gesundheit, Ungarn; Moderatorin: Brigit Staatsen, Nationales Institut für öffentliche Gesundheit und Umwelt, Niederlande.

26. Frau Staatsen bat die Podiumsmitglieder, Beispiele für Errungenschaften bei der Erfüllung der Verpflichtungen in der Erklärung von Parma zu geben. Frau Páldy lobte das Protokoll über Wasser und Gesundheit als eine Plattform für die regionale und ressortübergreifende Zusammenarbeit und wies auf das geschärfte Bewusstsein für Chancengleichheit hin, beispielsweise in Bezug auf den Zugang zu angemessener Wasserver- und Abwasserentsorgung für die Roma-Bevölkerung in Ungarn. Herr Ottesen beschrieb den gemeinsamen Nutzen von Maßnahmen zur Verringerung der Konzentrationen relativ kurzlebiger Luftschadstoffe wie Ruß, Ozon und Quecksilber für die Bekämpfung von sowohl Luftverschmutzung als auch Klimawandel. Frau Dewolf sprach über die Kampagne von HEAL zur Bekanntmachung der schädlichen Wirkung und der resultierenden wirtschaftlichen Kosten der Exposition gegenüber gefährlichen Chemikalien, insbesondere endokrin wirksamer Substanzen im Alltag. Herr Buiuklianov beschrieb die Bemühungen Kirgisistans um die Schärfung des Bewusstseins für die negativen gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels bei politischen Entscheidungsträgern und der breiten Öffentlichkeit und die Gelegenheiten, die dem Land geboten worden seien, erneuerbare Energiequellen im Gesundheitsbereich einzuführen.
27. Auf eine weitere Frage der Moderatorin nach den Faktoren, die zu den verwirklichten Erfolgen beigetragen hätten, nannten die Podiumsmitglieder die Bedeutung rechtlicher Instrumente wie des Protokolls über Wasser und Gesundheit, die einen

Rahmen für die Festlegung nationaler Zielvorgaben und Gesetze bieten könnten, das Interesse der Öffentlichkeit an Umweltangelegenheiten und ihre Bereitschaft, Veränderungen vorzunehmen, sowie den Beitrag nichtstaatlicher Organisationen.

28. Bei der Beantwortung von Fragen aus dem Publikum sagten die Podiumsmitglieder, dass Mechanismen wie der Europäische Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma und das Protokoll über Wasser und Gesundheit Orientierungshilfe und Zugang zu Finanzmitteln zur Verbesserung der Wasserver- und Abwasserentsorgung der Romabevölkerung in Europa geboten hätten. Um die Raumluftverschmutzung zu verringern, würden wirtschaftliche Anreize zur Förderung der Nutzung von Herden und Öfen mit sauberer Verbrennung geboten, und einige Krankenhäuser in Kirgisistan seien mit Solaranlagen ausgerüstet worden, um Energie zu sparen. Nichtstaatliche und Wohlfahrtsorganisationen könnten zur Forschung beitragen und helfen, Forschungsergebnisse über die Gruppe der Akteure hinaus zu verbreiten, die sich bereits in dem Prozess engagieren würden.
29. In der sich anschließenden Diskussion hob die litauische Gesundheitsministerin Rimantė Šalaševičiūtė, die auch Mitglied des Europäischen Ministerausschusses für Umwelt und Gesundheit (EHMB) ist, die wertvolle Rolle des THE PEP bei der Förderung der vertikalen und horizontalen Zusammenarbeit hervor und rief dazu auf, der Partizipation von Jugendlichen wieder das in der Erklärung von Parma beigemessene Gewicht einzuräumen. Das Gesundheitsministerium ihres Landes habe angeboten, als Sitz des Jugendbündnisses für Umwelt und Gesundheit in Europa zu fungieren. Andere Teilnehmer beschrieben ihre eigenen nationalen Programme. Sie betonten die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Mechanismen wie dem Protokoll über Wasser und Gesundheit, der ressortübergreifenden Zusammenarbeit und eines integrierten Ansatzes, der gesundheitliche, umweltbezogene und wirtschaftliche Aspekte kombiniert. Ein Vertreter forderte eine stärkere Fokussierung auf die zunehmende Mobilität in urbanen Settings, beispielsweise durch die Förderung von Radfahren, was mit Nutzen sowohl für die Luftgüte als auch die individuelle körperliche Fitness verbunden sei. Die Vertreterin des Jugendbündnisses für Umwelt und Gesundheit in Europa präsentierte einen Überblick über die Aktivitäten des Bündnisses seit seiner Gründung, wozu gezählt hätten: die Veröffentlichung einer Broschüre über die Förderung der Teilnahme junger Menschen am Prozess Umwelt und Gesundheit in Europa, ein Foto- und Videowettbewerb zum Thema „Stadt in Bewegung: zuerst die Menschen!“ als Nebenveranstaltung bei der Vierten Hochrangigen Tagung Verkehr, Gesundheit und Umwelt (Paris, 14. - 16. April 2014) und eine Kampagne zur Bewusstseinsbildung in Bezug auf Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie Hygiene in Schulen, die als Teil des Arbeitsprogramms zum Protokoll über Wasser und Gesundheit durchgeführt worden sei.

Probleme und gewonnene Erkenntnisse

30. Frau Elisabet Paunovic, Leiterin, Europäisches WHO-Zentrum für Umwelt und Gesundheit, Bonn (Deutschland), beschrieb drei Haupterkenntnisse, die aus dem Prozess gewonnen wurden.
31. Erstens müssten andere Ressorts außer Umwelt und Gesundheit einbezogen werden. Politikplattformen wie „Gesundheit 2020“ würden die Bedeutung eines auf die Menschen ausgerichteten Lebensverlaufansatzes betonen, der widerstandsfähige Gemeinschaften und unterstützende Umfelder entstehen lässt. Evidenz aus dem Gesundheitsressort werde als Grundlage für politische Entscheidungen in anderen Ressorts genutzt, beispielsweise bei der Aushandlung des Übereinkommens von

- Minamata zu Quecksilber. Wertvolle Partnerschaften seien mit Organisationen der Zivilgesellschaft geknüpft worden, einschließlich des Bündnisses Umwelt und Gesundheit (HEAL) und des Europäischen Eco-Forums/Frauen in Europa für eine gemeinsame Zukunft (WECF).
32. Die zweite Erkenntnis betreffe die Notwendigkeit, wissenschaftliche Botschaften positiv zu vermitteln: Es gehe darum, mögliche Lösungen anzubieten und Panikmache zu vermeiden. Beispielsweise zeige das APHEKOM-Projekt (Verbesserung des Wissens und der Kommunikation für Entscheidungen in Bezug auf Luftverschmutzung und Gesundheit in Europa) den prognostizierten Zugewinn an Lebenserwartung von 30-Jährigen in 25 ausgewählten europäischen Städten, wenn die Feinstaubkonzentrationen (PM_{2,5}) in der Luft in den jährlichen durchschnittlichen Wertebereichen gehalten würden, die in den Luftgüteleitlinien der WHO empfohlen würden.
 33. Die dritte Erkenntnis sei: Es ist wichtig, den wirtschaftlichen Nutzen von Interventionen im Bereich Umwelt und Gesundheit und vor allem die Kosten von unterlassenem Handeln aufzuzeigen. Die indirekten Kosten wie verlorene Arbeitsstunden oder Freizeit, Unbehagen und Ängste sollten nicht vergessen werden: Die Krankheitslast sei vielleicht nicht immer das beste Maß. Der jüngst veröffentlichte Bericht *Economic cost of the health impact of air pollution in Europe* veranschlage die Kosten der negativen gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung auf 1,6 Billionen US-\$, verglichen mit 1,7 Billionen US-\$ von Krebs beispielsweise. Im Gebiet von Thessaloniki in Griechenland habe beispielsweise die Anhebung der Steuern auf leichtes Heizöl nach der Finanzkrise einen dramatischen Übergang zur Nutzung von Biomasse zu Heizzwecken ausgelöst. Die Kosten der damit verbundenen Verschlechterung der Qualität der Stadtluft und die höhere Exposition gegenüber PM_{2,5} sowie der Anstieg der Asthma- und Bronchitisinzidenz würden für das Gebiet von Thessaloniki auf 150 Mio. € veranschlagt. Der gesundheitliche Nutzen von Verringerungen der Treibhausgasemissionen könne in vielfacher Weise für unterschiedliche Zielgruppen wirtschaftlich quantifiziert werden.
 34. Zu den weiteren Herausforderungen in der Europäischen Region würden Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygiene zählen: Manche zentralasiatischen und Kaukasusländer hätten ihre Zielvorgaben gemäß den Millenniums-Entwicklungszielen in diesem Bereich verfehlt und würden sich sogar mit Rückschlägen konfrontiert sehen, was so genannte „verbesserte“ Trinkwasserquellen betrifft. Gesundheitliche und soziale Ungleichheiten, von denen schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen betroffen seien, würden fortbestehen, beispielsweise als Folge höherer Brennstoffpreise. Eine weitere Herausforderung entstehe durch die Notwendigkeit, Forschung zu potenziellen neuen Problemen wie Nanopartikeln und endokrin wirksamen Substanzen durchzuführen. Die Notwendigkeit, die Integration von Gesundheit in die gesamte Entwicklungsagenda nach 2015 sicherzustellen, sei hervorgehoben worden, zusammen mit den damit verbundenen Chancen für die Verbesserung von Umwelt und Gesundheit. Zusammenfassend sei es wesentlich, die Relevanz des Prozesses für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Region aufrechtzuerhalten, allerdings unter Berücksichtigung ihres unterschiedlichen sozioökonomischen Entwicklungsstandes und ihrer unterschiedlichen Prioritäten.

Podiumsdiskussion

Podiumsmitglieder: Frau Sascha Gabizon, Internationale Direktorin, WECF; Frau Sinaia Netanyahu, Leitende Wissenschaftlerin, Ministerium für Umweltschutz, Israel; Herr Mikko Paunio, Ministerieller Berater, Ministerium für Soziales und Gesundheit, Finnland; Herr

Iulian-Adrian Vasnic, Präsident, Jugendbündnis für Umwelt und Gesundheit in Europa;
Moderator: Herr Roberto Bertollini, Leiter, WHO-Büro bei der Europäischen Union.

35. Herr Bertollini bat die Podiumsmitglieder, wesentliche Erkenntnisse weiterzugeben, die sie gewonnen hätten. Frau Gabizon stellte ein kurzes Video über ein WECF-Projekt im ländlichen Kirgisistan vor, in dessen Rahmen ECOSAN-Toiletten und kostengünstige mit Solarzellen betriebene Haushaltswasserheizgeräte eingeführt worden seien, um die Lebensbedingungen in diesen abgelegenen Gebieten zu verbessern. Partnerschaften mit der WHO, Umwelt- und Gesundheitsministerien, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft seien wesentlich. Es sei schwierig, die notwendigen Finanzmittel zu mobilisieren, um kleine Projekte auf die nationale Ebene auszuweiten. Ihre Organisation sei ebenfalls wegen endokrin wirksamer Substanzen in Kinderspielzeug besorgt, weil diese in Zusammenhang mit Brustkrebs, Adipositas und Diabetes gebracht worden seien. Als Antwort auf eine ergänzende Frage des Moderators sagte sie, nichtstaatliche Organisationen seien Verbündete bei Aktivitäten im Bereich Umwelt und Gesundheit; sie würden vielleicht kritisieren, aber sie würden Themen auch ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen.
36. Herr Vasnic machte darauf aufmerksam, dass es schwierig sei, die Mitgliedstaaten zu bewegen, die Beteiligung von Jugendlichen stärker zu fördern. Kleine lokale Initiativen würden gut funktionieren, wenngleich die Vergrößerung der Reichweite auf die ländlichen Gebiete nur langsam voranschreite. Es sei jedoch schwierig, Initiativen auf die nationale Ebene auszuweiten. Es bedürfe mehr praktischer Unterstützung und Einbeziehung seitens der Regierungen. Als Antwort auf eine ergänzende Frage des Moderators sagte er, dass die frühzeitige Vermittlung gesunder Verhaltensweisen an Kinder über die Schulen wirksamer zu bewerkstelligen sei als zu versuchen, sie über ihre Eltern zu erreichen.
37. Herr Paunio sprach die Evidenz an, die zeige, dass sauberes Trinkwasser, ausreichende Abwasserentsorgung und gute Hygiene dazu beitragen könnten, die Inzidenz übertragbarer und nichtübertragbarer Krankheiten sowie die Kosten zu verringern, die beispielsweise mit schlechter kognitiver Entwicklung von Kindern zusammenhängen, verursacht durch Unterernährung infolge Durchfallerkrankungen. Eine saubere Umwelt sei eine der tragenden Säulen guter öffentlicher Gesundheit. Als Antwort auf eine ergänzende Frage des Moderators sagte er, der beste Weg zur Förderung von Maßnahmen zur Prävention der häufigsten nichtübertragbaren Krankheiten sei die Schaffung einer zuverlässigen Evidenzgrundlage: Die Evidenz für die Risiken des Tabakgebrauchs und früher sexueller Aktivität sei klar, aber die Evidenz für die Risiken der Exposition gegenüber Chemikalien stehe noch aus.
38. Frau Netanyahu hob hervor, dass es notwendig sei, öffentliches Vertrauen in wissenschaftliche Aussagen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, und verwies auf die Schwierigkeiten, eine Botschaft in Bereichen zu formulieren, in denen die wissenschaftliche Evidenz nicht schlüssig sei. Themen aus dem Bereich Umwelt und Gesundheit würden häufig negativ mit Regulierung, Inspektionen und Vollzugsmaßnahmen in Verbindung gebracht und würden als eine wirtschaftliche Belastung gesehen: Es sollte mehr getan werden, um die Kosten unterlassenen Handelns aufzuzeigen. Als Antwort auf eine ergänzende Frage des Moderators sagte sie, das Konzept der Kreislaufwirtschaft, gemäß dem unerwünschter Produktionsmaterialoutput nach Gebrauch nicht entsorgt, sondern in das Produktionssystem zurückgeführt werde, sei wertvoll, habe jedoch seine Grenzen: Es bestehe die Gefahr, dass toxische Chemikalien oder Schwermetalle in Bewässerungswasser für Feldfrüchte oder Baumaterialien für neue Wohnhäuser gelangen würden.

39. In der sich anschließenden allgemeinen Diskussion berichtete ein Vertreter Serbiens, das den Vorsitz des Südosteuropäischen Gesundheitsnetzwerks führt, über eine subregionale Tagung des Netzwerks im April 2015, auf der es eine gemeinsame Erklärung zu Asbest angenommen habe. Er sagte, der Prozess Umwelt und Gesundheit solle als ein wertvoller politischer Rahmen auch nach der Sechsten Ministerkonferenz aufrechterhalten werden. Die Republik Moldau sei angemessen regulierte öffentlich-private Partnerschaften eingegangen, um der Unterentwicklung der Wasserversorgungs- und Abwasserbehandlungssysteme im Norden des Landes entgegenzuwirken. Ein Teilnehmer schlug die Bildung einer gemeinsamen Koordinierungsgruppe der Sonderarbeitsgruppe vor, die beispielsweise potenziell gefährliche Chemikalien ermitteln solle.
40. Eine Vertreterin des ECO Forum wies darauf hin, dass die Wechselbeziehungen zwischen Umwelt und Gesundheit in den Medien nicht angemessen wiedergegeben würden. In den Medien könnten wirtschaftliche Argumente genutzt werden, um das Bewusstsein für diese Wechselbeziehungen zu schärfen. Nichtstaatliche Organisationen könnten besonders wirksam mit sozialen Medien arbeiten.
41. Herr Srđan Matic, Koordinator, Umwelt und Gesundheit, WHO-Regionalbüros für Europa, fasste die Diskussion zusammen. Die Umwelt könne Chancen bieten, von ihr könnten aber auch Bedrohungen ausgehen. Es müssten jedoch harte Entscheidungen getroffen werden, und sie müssten der Öffentlichkeit angemessen erklärt werden.

Die Steuerung des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa

42. In dieser Sitzung zogen die Teilnehmer Bilanz über die Erkenntnisse, die aus der Umsetzung des neuen Steuerungsmechanismus des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa gewonnen wurden. Herr Massimo Cozzone, Ministerium für Umwelt-, Landschafts- und Meeresschutz, Italien, erinnerte daran, dass der Ministerausschuss gebildet worden sei, um das politische Profil des Prozesses zu schärfen, während die Sonderarbeitsgruppe, der alle Mitgliedstaaten angehören würden, die umfassende Teilhabe an dem Prozess und die Übernahme von Verantwortung dafür fördern sollte.
43. Der Ministerausschuss kämpfe mit dem Problem, die Minister ständig persönlich in seine Arbeit eingebunden zu halten. Die Sechste Ministerkonferenz müsse entscheiden, ob die derzeitigen institutionellen Regelungen optimal sind. Zu den Aspekten, über die weiter nachgedacht werden müsse, würden unter anderem die Mechanismen für Ernennungen von Mitgliedern des EHMB zählen, die derzeit durch die Leitungsgremien von UNECE und des WHO-Regionalbüros für Europa erfolgen würden, und die Beziehung zwischen den Ministern und anderen Akteuren in dem Prozess.
44. Die größte Schwierigkeit für die Sonderarbeitsgruppe sei, in regelmäßigen Zeitabständen Tagungen einer relativ großen Gruppe zu organisieren. Die Bildung der Ad-hoc-Gruppe habe die Durchführung des Arbeitsprogramms für die Zeit zwischen Tagungen und die Aufrechterhaltung von Kontakten zwischen der Sonderarbeitsgruppe und dem Ministerausschuss erleichtert. Die Sechste Ministerkonferenz möge entscheiden, weitere Arbeitsgruppen oder eine Gruppe einzurichten, beispielsweise ein Büro, das mit zusätzlichen Aufgaben zwischen den Tagungen der Sonderarbeitsgruppe betreut werden könnte.

Podiumsdiskussion

Podiumsmitglieder: Herr Alexander Nies (Deutschland), Vorsitzender der Sonderarbeitsgruppe; Frau Elisabete Quintas da Silva (Portugal), Vorsitzende des Ausschusses für Umweltpolitik von UNECE; Herr Alexandru Rafila (Rumänien), Ständiger Ausschuss des WHO-Regionalkomitees für Europa; Frau Rimantė Šalaševičiūtė, Gesundheitsministerin, Litauen. Moderator: Herr Dragan Gjorgjev, Ko-Vorsitzender.

45. Frau Šalaševičiūtė sagte, die Teilnehmer am Prozess Umwelt und Gesundheit müssten Beziehungen zu anderen Ministerien und Behörden in ihren eigenen Ländern knüpfen und die Aktivitäten des Prozesses kontinuierlich publizieren. Der Ad-hoc-Gruppe könne mehr Verantwortung für die Arbeit zwischen Tagungen des Ausschusses und der Sonderarbeitsgruppe übertragen werden, oder es könnten weitere Arbeitsgruppen gebildet werden.
46. Frau Quinta da Silva betonte, der Steuerungsrahmen sei der Schlüssel zum Erfolg jedes Prozesses. Die innovative Struktur des EHP – d. h. die Trennung zwischen dem politischen Arm (Ministerausschuss) und dem fachlichen Arm (Sonderarbeitsgruppe) – werfe Frage in Bezug auf die Koordinierung und die Kommunikation auf. Die Rolle der Stellvertreter der Minister im Ministerausschuss würde von einer weiteren Klärung profitieren. Beispielsweise sei es nützlich, klarzustellen, ob von den Stellvertretern erwartet wird, mit der Funktionsweise des Prozesses vertraut zu sein, oder ob von ihnen erwartet wird, Mitglieder des eigenen Personals der Minister zu sein. Im ersten Fall könnten auch die jeweiligen Mitglieder der Sonderarbeitsgruppe gut als Stellvertreter fungieren. Im letzteren Fall hätten die Stellvertreter einen engeren Kontakt zur politischen Ebene, wären jedoch nicht notwendigerweise Experten für Umwelt und Gesundheit. Sie sagte auch, der Weg zur Übernahme von mehr Verantwortung für jeden Prozess durch die Mitgliedstaaten führe darüber, ihre Teilnahme an Tagungen zu intensivieren.
47. Herr Rafila sagte, der Ministerausschuss und die Sonderarbeitsgruppe müssten eine politische Lenkungsfunktion übernehmen. Sie könnten Rechtsvorschriften oder Maßnahmen vorschlagen, um die Nachhaltigkeit nationaler Programme sicherzustellen. Sie müssten jedoch flexibel bleiben, weil sich nationale politische Prioritäten rasch ändern könnten.
48. Herr Nies sagte, dass gemäß der auf der Konferenz in Parma festgelegten Steuerungsstruktur der Ministerausschuss die öffentliche, politische Seite des Prozesses sei. Die Erfahrung habe jedoch in den letzten Jahren gezeigt, dass es für Minister schwierig sei, persönlich an den Ausschusstagungen teilzunehmen oder Möglichkeiten für die politische Überzeugungsarbeit zugunsten des Prozesses zu finden, beispielsweise bei der Abgabe von Erklärungen oder in Reden. Die Sonderarbeitsgruppe sei nicht in der Lage gewesen, wie ursprünglich vorgesehen einmal im Jahr zu tagen, und die Teilnahme der Mitgliedstaaten, was die Vertretung sowohl des Umwelt- als auch des Gesundheitsressorts betreffe, solle verstärkt werden. Die Ad-hoc-Gruppe habe die Kommunikation verbessert und die Arbeit zwischen den Tagungen erleichtert, sie sei jedoch nicht repräsentativ für die gesamte Sonderarbeitsgruppe.
49. Die Steuerungsstruktur könne vor der Sechsten Ministerkonferenz nicht geändert werden: Er empfahl, dass die Ad-hoc-Gruppe bis dahin ihre Arbeit fortsetzt. Sie könne jedoch für alle interessierten Mitgliedstaaten geöffnet werden, um die Transparenz und die Repräsentativität zu verbessern. Die Sonderarbeitsgruppe sollte mindestens eine Tagung pro Jahr abhalten. Subregionale Gruppen hätten ebenfalls eine wertvolle Rolle zu spielen. Es sei wesentlich, Wege zu finden, um den Prozess

für Minister attraktiver und interessanter zu machen, weil der Agenda für Umwelt und Gesundheit auf der höchsten Ebene mehr politische Aufmerksamkeit und Unterstützung entgegengebracht werden müsse.

50. In der sich anschließenden Diskussion bestand unter den Teilnehmern große Einigkeit, dass die Sonderarbeitsgruppe mindestens einmal jährlich zusammentreten müsse und möglichst auch darüber hinaus per Telefonkonferenz zwischen Tagungen. Gleichmaßen könne der Ministerausschuss in der Hoffnung auf eine verstärkte Teilnahme durch Minister einige virtuelle Tagungen durchführen. Es solle eine Website für den Austausch von Beispielen für gute Praxis durch die Mitgliedstaaten eingerichtet werden. Subregionale Tagungen seien wertvoll und spezialisierte Netzwerke könnten für Fachthemen wie Chemikaliensicherheit eingerichtet werden. Die Teilnehmer unterstützten den Vorschlag, die Mitgliedschaft in der Ad-hoc-Gruppe für alle Mitgliedstaaten zu öffnen. Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, dass die Teilnahme an einer Tagung entweder des Ausschusses oder der Sonderarbeitsgruppe als eine größere Verpflichtung wahrgenommen werde, die viel Zeit und Vorbereitung erfordere: Dies könne vereinfacht werden. Ein Teilnehmer machte darauf aufmerksam, dass die Europäische Kommission noch immer nicht in den Prozess einbezogen sei.
51. Frau Jakab fasste die Diskussion zusammen und sagte, dass die Minister im Ministerausschuss ermuntert werden sollten, in regelmäßigem Kontakt zu bleiben, entweder per Telefon oder per Videokonferenz, und ihre eigenen Ministerkollegen über Entwicklungen im Prozess Umwelt und Gesundheit auf dem Laufenden zu halten. Die Sonderarbeitsgruppe solle einmal jährlich tagen, wenngleich dies Kostenimplikationen habe. Eine Website zu guter Praxis könne eine nützliche Ergänzung sein. Nationale und regionale Koordinierung seien wichtig, sie warne jedoch davor, zu viele nachgeordnete Gruppen einzurichten: Es könne schwierig werden, diese wieder aufzulösen, wenn sie ihren Zweck erfüllt hätten. Jegliche Veränderungen der Steuerungsstruktur müssten im Ergebnisdokument der Sechsten Ministerkonferenz detailliert beschrieben werden, weshalb umgehend mit der Planung begonnen werden müsse.
52. Die Sonderarbeitsgruppe nahm eine Reihe von Veränderungen an ihrer Geschäftsordnung an. Regel 3 wurde geändert, indem eine neue Regel 3.3 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt wurde: „Der Europäische Ministerausschuss für Umwelt und Gesundheit soll eingeladen werden, einen oder mehr EHMB-Vertreter in die Tagungen der EHTF zu entsenden.“ Die Regeln 9.3. und 9.4 wurden geändert und eine neue Regel 9.5 wurde hinzugefügt. Die neue Fassung lautet somit:
 - „9.3 Die Amtszeit des Vorsitzenden und des Ko-Vorsitzenden beträgt ein Jahr beziehungsweise dauert sie so lange, bis auf der Tagung der Sonderarbeitsgruppe nach Ablauf dieser Amtszeit von zwölf Monaten ein neuer Vorsitzender und ein neuer Ko-Vorsitzender gewählt wurden. Mitglieder der Sonderarbeitsgruppe können nicht wiedergewählt werden.
 - „9.4 In dem Fall, dass der Vorsitzende in der Sonderarbeitsgruppe durch eine andere offiziell nominierte Ansprechperson aus seinem Mitgliedstaat ersetzt wird, wird der Ko-Vorsitzende bis zum Ende der aktuellen Amtszeit automatisch das Amt des Vorsitzenden übernehmen und dieses für eine weitere Amtszeit gemäß Regel 9.6 weiterführen. Die Sonderarbeitsgruppe wird auf ihrer nächsten Tagung einen neuen Vorsitzenden wählen.
 - „9.5 [NEU] In dem Fall, dass sowohl der Vorsitzende als auch der Ko-Vorsitzende nicht länger Ansprechpersonen ihres Mitgliedstaats sind, wird das Sekretariat auf elektronischem Weg die Wahl des neuen Vorsitzenden und

des neuen Ko-Vorsitzenden durchführen. Das Sekretariat wird alle EHTF-Mitglieder einladen, binnen einer angemessenen Frist von nicht mehr als sechs Wochen Kandidaten für die freien Ämter in der Sonderarbeitsgruppe zu nominieren. Nach dieser Frist wird das Sekretariat unverzüglich das elektronische Wahlverfahren beginnen.“

53. Regel 20 wurde geändert, indem eine neue Regel 20.1 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt wurde: „In dem Fall, dass wie in Regel 9.5 vorgesehen oder aus einem anderen Grund, den der Vorsitzende der Sonderarbeitsgruppe und das Sekretariat übereinstimmend als Anlass für die Durchführung einer Wahl auf elektronischem Weg einstufen, eine Wahl auf elektronischem Weg organisiert wird, wird diese Wahl durch das Sekretariat organisiert.“ Die Stimmabgabe auf elektronischem Weg wird derart organisiert, dass ausreichend Zeit für die Prüfung des Vorschlags durch die Mitglieder der Sonderarbeitsgruppe, absolute Vertraulichkeit der Stimmabgabe sowie ein fairer und transparenter Prozess gewährleistet sind.“
54. Die Sonderarbeitsgruppe beschloss den Arbeitsauftrag der Ad-hoc-Gruppe mit geringen redaktionellen Änderungen, verlängerte ihr Mandat bis zur Sechsten Ministerkonferenz und öffnete die Gruppe für alle interessierten EHTF-Mitglieder.

Umsetzungsprioritäten bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit

55. Bei der Eröffnung dieser Sitzung hob der Vorsitzende hervor, dass anders als in der ersten Hälfte der Tagung, die dazu gedient habe, Bilanz zu ziehen, der restliche Teile darauf ausgerichtet sein solle, vorzuschauen und zu analysieren, wo die Arbeit konzentriert werden solle, um die verbleibenden Defizite zu beseitigen.
56. Herr Alexander Leventahl (Israel), Mitglied des Ständigen Ausschusses des WHO-Regionalkomitees für Europa, sagte, die Handlungsprioritäten in der verbleibenden Zeit vor der Sechsten Ministerkonferenz könnten Chemikaliensicherheit, Klimawandel und intensiviertere Zusammenarbeit zwischen dem Umwelt- und dem Gesundheitsressort umfassen.

Podiumsdiskussion

Podiumsmitglieder: Frau Eva Csobod, Regionales Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa; Frau Jana Feldmane, Geschäftsführende Direktorin, Abteilung für öffentliche Gesundheit, Gesundheitsministerium, Lettland; Frau Orna Matzner, Ministerium für Umweltschutz, Israel; Frau Louise Newport (Vereinigtes Königreich), Ko-Vorsitzende, Arbeitsgruppe Klimawandel und Gesundheit der Sonderarbeitsgruppe; Herr Pierre Studer (Schweiz), Vorsitzender des Büros des Protokolls über Wasser und Gesundheit; Moderator: Herr Leventhal.

57. Herr Studer vertrat die Position, dass die Prioritäten des Protokolls über Wasser und Gesundheit in der verbleibenden Zeit bis zur Sechsten Ministerkonferenz nützliche Synergien mit den Aktivitäten des Prozesses Umwelt und Gesundheit bieten könnten. Fragen von Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygiene in Kinderbetreuungs-Settings und die Verwirklichung des grundlegenden Zugangs zu Wasserver- und Abwasserentsorgung in Zentralasien und im Kaukasus würden noch Aufmerksamkeit erfordern. Es gebe beträchtliche Unterschiede in Bezug auf die Bereitstellung zwischen Armen und Reichen sowie zwischen Land- und Stadtbewohnern innerhalb einzelner Länder. Um den Zugang zur Versorgung mit sauberem Trinkwasser und zu sicherer Abwasserentsorgung für alle Kinder in Bildungseinrichtungen zu verwirklichen, sei es notwendig, Partnerschaften mit dem Bildungssektor aufzubauen und dessen Führungsrolle zu fördern. Frau Feldmane

- sagte, eine Priorität solle die Schaffung der notwendigen Infrastruktur zur Förderung von mehr körperlicher Betätigung sein.
58. Frau Csobod hob die anhaltende Besorgnis über die Luftqualität hervor. Das Projekt SINPHONIE (Raumlaufverschmutzung in Schulen und Gesundheit: Beobachtungsnetzwerk in Europa)¹ überwache die Innen- und Außenluftqualität in 25 europäischen Ländern und arbeite politische Empfehlungen und Leitlinien aus. Es würden Informations- und Aufklärungskampagnen benötigt, um bei Schulpersonal, Familien, der breiten Öffentlichkeit und den Kindern selbst das Bewusstsein für Themen aus dem schulischen Umfeld zu schärfen.
 59. Frau Matzner hob hervor, wie wichtig es sei, Partnerschaften zwischen nationalen Organisationen im Bereich Umwelt und Gesundheit und mit anderen Politikbereichen aufrechtzuerhalten. Mechanismen sollten entwickelt werden, um die Mitgliedstaaten zu befähigen, Informationen und bewährte Beispiele für gute Praxis weiterzugeben. Auf der europäischen Ebene solle Forschung zu an Bedeutung gewinnenden neuen Themen wie der Nanotechnologie durchgeführt werden, beispielsweise durch das europäische Forschungsprogramm Horizon 2020. Großen Anlass zur Sorge würden weiterhin Asbest und die Exposition von Kindern gegenüber potenziell gefährlichen Chemikalien bieten.
 60. Frau Newport führte die zunehmenden Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel an, einschließlich Hitzewellen, Überschwemmungen und veränderten Krankheitsmustern. Viele potenzielle Lösungen hätten positive Nebeneffekte. Beispielsweise verringere Zufußgehen oder Radfahren im Vergleich zu Autofahren die Treibhausgasemissionen, verbessere die Luftqualität und komme der persönlichen körperlichen Fitness und Gesundheit zugute. Es sei wichtig, die wirtschaftlichen Einsparungen herauszustellen, die auf die Vermeidung zukünftiger gesundheitlicher Probleme zurückgeführt werden können. Die CO₂-Bilanz des Gesundheitsversorgungssystems sei ein weiteres wichtiges Thema.
 61. Der Moderator bat jedes Podiumsmitglied, zwei wichtige Bereiche zu benennen, die auf der Sechsten Ministerkonferenz erörtert werden sollten. Herr Studer nannte mehr Aufmerksamkeit für die Abwasserentsorgung und die Notwendigkeit, mehr Mitgliedstaaten zu bewegen, dem Protokoll über Wasser und Gesundheit beizutreten. Frau Feldmane entschied sich für sicheres Radfahren und Zufußgehen sowie die Luftqualität, insbesondere in Schulen. Frau Csobod nannte Verringerungen der CO₂-Emissionen und die Notwendigkeit, mehr Mittel für die Forschung zur Raumluftqualität zu mobilisieren. Frau Matzner nannte die Innen- und Außenluftqualität und die Notwendigkeit von Forschung zu neu in Gebrauch kommenden potenziell toxischen Chemikalien und zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Exposition gegenüber Schadstoffkombinationen. Frau Newport nannte die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass Gesundheitsthemen mit Kostenberechnungen und detaillierten Plänen für Aktivitäten in Klimaschutzplänen angemessen berücksichtigt würden, und die Notwendigkeit, Gesundheitsthemen in Finanzierungsprogramme aufzunehmen.
 62. In der sich anschließenden Diskussion betonten die Teilnehmer die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Politikbereichen, insbesondere auf der kommunalen Ebene, und sprachen sich für die Verknüpfung von Aktivitäten vor Ort, beispielsweise zur Luftqualität, mit globalen Maßnahmen zum Klimawandel aus. Frau Páldy schlug vor, acht zeitgebundene Zwischenziele zum Handlungsfahrplan bis zur Sechsten Ministerkonferenz hinzuzufügen (Dokument EURO/EHTF-MTR/08).

¹ www.sinphonie.eu (eingesehen am 31. Mai 2015).

Die Vertreterin Frankreichs, das im Dezember 2015 Gastgeber der Klimakonferenz der Vereinten Nationen sein wird, lud die Teilnehmer ein, zu den Vorbereitungsstagen und zu der Konferenz selbst beizutragen, bei der Aktivitäten auf der kommunalen Ebene viel Gewicht eingeräumt würde. Die Vertreterin von HEAL lenkte die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf ein von ihrer eigenen Organisation, dem ECO Forum und der Organisation WECF herausgegebenes Positionspapier¹, in dem insbesondere eine stärkere Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen in die Arbeit des Ministerausschusses gefordert werde. Zu den an Bedeutung gewinnenden und zu erörternden Themen würden Energie und Gesundheit einschließlich Fracking, der Stromerzeugung aus Kohle und der Energieeffizienz zählen.

63. Mehrere Teilnehmer betonten, dass es wichtig sei, in Bezug auf Asbest aktiv zu werden. Der Vertreter des Südosteuropäischen Netzwerks für Arbeitnehmerschutz lenkte die Aufmerksamkeit auf eine Erklärung, die auf der subregionalen Tagung mit dem Titel „Verbesserung von Umwelt und Gesundheit in Südosteuropa: Überprüfung der Fortschritte bei der Eliminierung asbestbedingter Krankheiten“, die im April 2015 in Belgrad (Serbien) stattfand, gemeinsam mit dem Südosteuropäischen Gesundheitsnetzwerk abgegeben worden sei. In dieser Erklärung hätten die Staaten der Subregion die Überprüfung oder Ausarbeitung wesentlicher Rechtsvorschriften und Handlungskonzepte, Informationen und Ausbildung und die Aufnahme von Chrysotilasbest in Anhang III des Übereinkommens von Rotterdam gefordert.
64. Die Teilnehmer tauschten ihre nationalen Erfahrungen und Errungenschaften in prioritären Bereichen wie sauberem Trinkwasser und ausreichenden sanitären Einrichtungen in Schulen, der Wasserversorgung im ländlichen Raum und der Chemikaliensicherheit aus.

Strategische Partnerschaften des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa

65. Herr Keiner (UNECE) eröffnete die Sitzung und sagte, der Gesundheits- und der Umweltsektor müssten angesichts der wachsenden Komplexität der Systeme mit einem Einfluss auf die menschliche Gesundheit mit anderen Sektoren zusammenarbeiten, um gemeinsamen Problemen entgegenzuwirken. Zu den potenziellen Partnern würden internationale Organisationen, internationale Finanzinstitutionen, Jugendorganisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und der private Sektor zählen.

Podiumsdiskussion

Podiumsmitglieder: Herr Wondwosen Asnake, UNEP; Frau Biljana Filipovic (Serbien), Mitglied des Büros, THE PEP; Frau Katarina Magulova, Abteilung Wissenschaftliche Unterstützung, Sekretariat der Übereinkommen von Basel, Rotterdam und Stockholm, UNEP; Herr Jostein Nygard, Leitender Umweltpolizist, Weltbank; Frau Lesley Onyon, Regionalbeauftragte für Arbeitsschutz und Chemikaliensicherheit, WHO-Regionalbüro für Südostasien; Moderator: Herr Keiner.

66. Frau Filipovic sagte, das THE PEP arbeite mit einem breiten Spektrum von Partnern auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene zusammen, davon einigen mit einem sehr speziellen Interessengebiet wie der European Cyclists' Federation (Europäischer Radfahrer-Verband). Gemeinsame Politikplattformen wie Gesundheit

¹ Verfügbar unter http://env-health.org/IMG/pdf/15_04_24_eng_eehpmtrhaifa_positionpapaer_final.pdf (eingesehen am 31. Mai 2015).

- in allen Politikbereichen und Agenda 21 würden an Verbreitung gewinnen. Sie beschrieb die in der serbischen Hauptstadt Belgrad ergriffenen nachhaltigen Verkehrsinitiativen einschließlich einer Partnerschaft zur Entwicklung eines paneuropäischen Gesamtplans zur Förderung von Radfahren. Bessere Synergien mit Finanzierungsmechanismen seien wesentlich, um die notwendigen Ressourcen für den Umgang mit zukünftigen politischen Chancen und Herausforderungen zu mobilisieren.
67. Frau Magulova wies darauf hin, dass die Übereinkommen von Basel, Rotterdam und Stockholm aus regionalen Initiativen hervorgegangen seien. Die drei Übereinkommen würden das Management von Chemikalien über deren Produktlebenszyklus abdecken. Viele der auf der Grundlage der Übereinkommen ergriffenen Aktivitäten würden sich auf Partnerschaften mit nationalen oder regionalen Partnern oder internationalen Organisationen wie der WHO stützen.
 68. Herr Asnake ließ wissen, wie sehr das UNEP seine Partnerschaft mit der WHO und UNECE schätze. Evidenz für Gesundheitsfolgen seien sehr nützlich, weil das UNEP Gründe für Umweltinterventionen darlege. Das UNEP sei auch andere regionale Partnerschaften eingegangen: Das UNEP und das WHO-Regionalbüro für Afrika würden mit Regierungen auf der Ministerebene zu Gesundheitsfragen und Fragen der nachhaltigen Entwicklung zusammenarbeiten. Die neuen Ziele für die nachhaltige Entwicklung würden viele Gelegenheiten für Partnerschaften und Verknüpfungen mit Themen aus dem Bereich Umwelt und Gesundheit eröffnen.
 69. Frau Onyon beschrieb eine regionale Initiative auf Ministerebene in Südostasien. Das Regionalforum für Umwelt und Gesundheit in südost- und ostasiatischen Ländern sei 2007 gegründet worden. Das Regionalforum für Umwelt und Gesundheit auf Ministerebene tagt alle drei Jahre. Zwischen den Tagungen anstehende Entscheidungen würden von hochrangigen Beamten getroffen. Die Aufgaben des Sekretariats würden gemeinsam vom WHO-Regionalbüro für den westlichen Pazifik und dem UNEP-Regionalbüro für Asien und den Pazifik wahrgenommen. Das Regionalforum sei besonders in den Bereichen Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie Klimawandel aktiv. Es bemühe sich um weitere Partnerschaften und die Verbesserung seiner Außenwahrnehmung und entwickle Länderprofile und Datenblätter zum Thema Umwelt und Gesundheit, überwiegend auf der Grundlage bereits vorhandener Informationen. Zukünftig beabsichtige es, mehr Aktivitäten zu den Themen Luftverschmutzung und Messinstrumente wie Gesundheits-Biomonitoring durchzuführen.
 70. Herr Nygard sagte, die Weltbank erkenne die Bedeutung umweltbezogener Maßnahmen an, insbesondere zur Bekämpfung der Luftverschmutzung. Die Institution habe gerade das Programm Bekämpfung der Luftverschmutzung und Umwelt und Gesundheit aufgenommen, einen Treuhandfonds mit dem Schwerpunkt Luftgütemanagement in großen urbanen Gebieten von China, Ägypten, Indien, Nigeria und Südafrika. Mittel seien verfügbar, wenn der Gesundheits- und der Umweltsektor die Größe des Problems nachweisen können.
 71. Nachdem der Tagesordnungspunkt für Beiträge aus dem Publikum freigegeben worden war, hoben viele Teilnehmer hervor, wie wichtig es sei, dass die zukünftigen Ziele für die nachhaltige Entwicklung Themen aus dem Bereich Umwelt und Gesundheit angemessen widerspiegeln. Die Weltbank könne Mittel zur Verfügung stellen, insbesondere in den Bereichen Luftgütemanagement und Umweltschutz; in den Anträgen müsste jedoch die beabsichtigte Wirkung des vorgeschlagenen Projekts klar beschrieben werden. Strategische Partnerschaften müssten transparent und klar geregelt sein: Die WHO habe einen Entwurf eines Rahmens für die Zusammenarbeit

mit nichtstaatlichen Akteuren entwickelt, der auf der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2015 erörtert werde.

72. Teilnehmer lenkten die Aufmerksamkeit auf bestehende strategische Partnerschaften wie die Neue Urbane Agenda, die auf der Dritten Konferenz der Vereinten Nationen über Wohnungswesen und nachhaltige Stadtentwicklung (Habitat III) im Jahr 2016 ins Leben gerufen werden soll, und die Initiative *Food for the Cities* der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen. Das Projekt *Foresighted Reasoning on Environmental Stressors and Health* (FRESH) der Europäischen Umweltagentur umfasse Indikatoren zu den Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden und nutze auf nationaler oder internationaler Ebene bereits verfügbare Daten. Das Protokoll über Wasser und Gesundheit diene als eine regionale Angebotsstelle für fachliche Beratung und kurzfristige Situationseinschätzungen. Der Vertreter der Global Alliance on Health and Pollution beschrieb, wie sich seine Organisation bemüht habe, die angemessene Berücksichtigung des Problems der Luftverschmutzung in den Zielen für die nachhaltige Entwicklung sicherzustellen. Das Jugendbündnis für Umwelt und Gesundheit in Europa plane ein Seminar über potenzielle gemeinsame Projekte.
73. Teilnehmer berichteten über ihre nationalen Erfahrungen: Belarus habe mit der Durchführung eines Programms für nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage von Prinzipien für ökologisches Wirtschaften begonnen, und in Turkmenistan gebe es eine Reihe interministerieller Gruppen unter Beteiligung des Umwelt- und des Gesundheitsressorts, beispielsweise zu den Themen Verkehrssicherheit und Klimawandel. Gemäß dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau müsse Letztere ungefähr 25 Umweltrichtlinien der Europäischen Union in das nationale Recht umsetzen: Eine wesentliche Verschmutzungsquelle seien alte, nicht umweltfreundliche Kraftfahrzeuge, die in das Land importiert würden. Das Regionale Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa werde im Juni 2015 sein 25-jähriges Bestehen feiern.

Zukünftige Themen und Prioritäten: Fahrplan bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit

74. Herr Nies sagte, die Vorbereitungen für die Sechste Ministerkonferenz und die Zeit darüber hinaus sollten von der Begeisterung und der Energie junger Menschen inspiriert werden. Die Teilnehmer schauten das Video an, das in dem Wettbewerb, den das Jugendbündnis für Umwelt und Gesundheit in Europa anlässlich der Vierten Hochrangigen Tagung Verkehr, Gesundheit und Umwelt im Jahr 2014 organisiert hatte, den ersten Preis errungen hatte.
75. Herr Manfred Green, Rektor, Institut für öffentliche Gesundheit, Universität von Haifa (Israel), sagte, die Krise des Klimawandels eröffne auch Möglichkeiten zur Bewusstseinsbildung und zur Werbung um Unterstützung in Bezug auf andere Themen aus dem Bereich Umwelt und Gesundheit. Die Vernachlässigung der Umwelt trage zum Klimawandel bei und umgekehrt. Der Klimawandel führe zu einer größeren Häufigkeit von Dürren und Überschwemmungen sowie zu einer höheren Inzidenz von Vektorkrankheiten und könne zu Konflikten führen, wenn Menschen als Zuwanderer, Arbeitsmigranten oder Flüchtlinge in weniger betroffene Gebieten zögen und Staaten um schwindende Wasserressourcen wetteiferten. Alle diese Phänomene hätten langfristige negative gesundheitliche Auswirkungen.
76. Angesichts von Luftverschmutzung und Klimawandel müssten Anpassung und Klimaschutz auf der Gemeinschaftsebene beginnen. Vorsorge- und

Reaktionsmaßnahmen seien beispielsweise in beiden Fällen identisch und würden unter anderem umfassende Überwachungs- und Alarmsysteme, die Ermittlung schutzbedürftiger Gruppen, regionale Zusammenarbeit und Gesundheitsförderung umfassen. Die Reaktion müsse die Vorbereitung von Diensten in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Umwelt, politikbereichsübergreifende Koordinierung und internationale Zusammenarbeit einschließen.

77. Zu den Anpassungsmaßnahmen, die darauf abzielen würden, die negativen gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu verringern, würden das Management von baulicher Umwelt und Infrastruktur, Gesundheitsförderung und Gesundheitsinformationen zählen. Klimaschutzmaßnahmen mit dem Ziel der Verbesserung der Umweltqualität würden durch fehlenden politischen Willen, Ressourcenmangel und fehlende klar definierte Handlungskonzepte sowie schwache Regierungsführung und unzureichende Durchsetzung geltenden Rechts erschwert. Die Industrie und die Politik könnten konkurrierende Interessen verfolgen, und die Kosten des Klimaschutzes seien ein weiteres Hindernis. Es könnte einen Mangel an Surveillance-Daten, ausgebildeten Wissenschaftlern, Rechenschaftslegung und Finanzierung geben. Die Bürger könnten vorgeschlagene Interventionen aufgrund eines Mangels an Vertrauens und Transparenz sowie schlechter Kommunikation ablehnen. Es sei wesentlich, die Bürger auf allen Ebenen einzubeziehen und unverzüglich zu handeln.
78. Die Teilnehmer sahen eine Videobotschaft von Herrn Hans Bruyninckx, Exekutivdirektor der Europäischen Umweltagentur. Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts sei, sicherzustellen, dass das Wachstum nicht die Fähigkeit des Planeten zu seiner Absorption überschreite. In der Vergangenheit sei die Umweltpolitik darauf ausgerichtet gewesen, die Effizienz menschlicher Aktivitäten zu steigern, beispielsweise durch die Steigerung der Kraftstoffeffizienz und die Verringerung der Kohlendioxidemissionen privater Kfz. Jetzt sei vielleicht die Zeit für Veränderungen von Aktivitätsmustern gekommen, beispielsweise durch die Einführung von Maßnahmen zur Beschränkung des Besitzes privater Kfz oder durch Veränderungen persönlicher oder institutioneller Verhaltensweisen.

Podiumsdiskussion

Podiumsmitglieder: Frau Tiiu Aro, Generaldirektorin, Gesundheitsbehörde, Estland; Frau Milva Ekonomi, Stellvertretende Gesundheitsministerin, Albanien; Herr Srdan Matic, Koordinator, Umwelt und Gesundheit, WHO-Regionalbüro für Europa; Moderator: Herr Nies.

79. Frau Aro sagte, die estnische Regierung konzentriere sich auf die Anpassung an den Klimawandel und bereite einen Aktionsplan für die Zeit bis 2030 vor, in den die Ziele in Bezug auf Wasser und Luftgüte sowie das Alltagsumfeld von Kindern aus der Erklärung von Parma integriert werden sollen. Die Prioritäten für die Sechste Ministerkonferenz sollten die Akkumulation von Erkenntnissen als Entscheidungsgrundlagen und Gesundheitsfolgenabschätzungen umfassen.
80. Frau Ekonomi hob hervor, wie wichtig es sei, dass bei politikbereichsübergreifenden Aktivitäten eine einzige Stelle die Führung innehabe. Ihre Regierung müsse Anliegen im Bereich Umwelt und Gesundheit mit wirtschaftlichen Prioritäten in Einklang bringen: Die Bedeutung des Tourismus für die Wirtschaft stelle jedoch sicher, dass Maßnahmen zur Gewährleistung von Trink- und Badewasser hoher Qualität gebührende Bedeutung beigemessen würden.
81. Herr Matic stellte den Fahrplan für die Vorbereitung der Sechsten Ministerkonferenz im Jahr 2017 (Dokument EURO/EHTF-MTR/08) und ein informelles

Konferenzraumpapier vor, das die Ergebnisse der Online-Konsultation zum Fahrplan zusammenfasste. In der Zeit bis zu der Konferenz würde eine Reihe von Fachkonsultationen zur Ermittlung von Prioritäten für ein gemeinsames Vorgehen Grundlagen für die Aushandlung der politischen Ergebnisse der Konferenz bilden und diese bereichern. Das Sekretariat habe eine Reihe von Themen ermittelt, die zur Entwicklung von politischen Verpflichtungen und Zielvorgaben führen könnten, die sich in dem Ergebnisdokument der Konferenz wiederfinden könnten. Die Themen und die Vorgehensweise für die Vorbereitung der Sechsten Ministerkonferenz, die vorgeschlagen worden seien und den Inhalt des Fahrplandokuments bilden würden, seien von dem Ministerausschuss und der Ad-hoc-Gruppe der Sonderarbeitsgruppe geprüft und anschließend im Rahmen einer Online-Konsultation an alle Mitgliedstaaten und Partner versandt worden. Das Ziel sei, die Konferenz mit einer prägnanten fokussierten Erklärung mit einer zu bewältigenden Zahl von Zielvorgaben, die den SMART-Kriterien genügen, (d. h. konkret, messbar, erreichbar, ergebnisorientiert und zeitgebunden sind) und einem Umsetzungsplan zu beenden. Die Zielvorgaben müssten den unterschiedlichen Umständen jedes Mitgliedstaats Rechnung tragen und Überschneidungen mit anderen Mechanismen sollten so weit wie möglich vermieden werden.

82. Die Vorbereitung der Ministerkonferenz könnte in Anlehnung an die thematische Struktur der Ziele für die nachhaltige Entwicklung nach 2015 auf der Grundlage von acht übergeordneten thematischen Bereichen organisiert werden: Luft, Wasser und Abwasser, Energie, Chemikalien, Nahrungsmittel, Abfälle, Städte und Katastrophen/Klimawandel. Es werde notwendig sein, die Probleme, mögliche Lösungen und Instrumente zu ermitteln, die genutzt werden können. Die Mitgliedstaaten und die Akteure im Prozess Umwelt und Gesundheit hätten ihre regionalen Prioritäten und die Themen benannt, zu denen sie vorbereitende Arbeit übernehmen würden.
83. Die Finanzierung der Konferenz und des späteren Tätigkeitsprogramms bereite angesichts der aktuellen finanziellen Beschränkungen noch Sorge. Das Sekretariat werde mit den Mitgliedstaaten Finanzierungsmöglichkeiten ausloten. Der überarbeitete Fahrplan werde durch den Ministerausschuss auf einer Tagung in Kroatien im Oktober und durch die Sonderarbeitsgruppe auf einer Tagung in der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im November 2015 geprüft.
84. In der sich anschließenden Diskussion wiederholten die Teilnehmer die wesentlichen Anliegen – Luftgüte, Klimawandel und Chemikaliensicherheit. Zu den weiteren angesprochenen Prioritäten zählten Umwelt und Gesundheit in Städten, im Zusammenhang mit Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie im Arbeitsumfeld, aktive Mobilität und subregionale Fragen. Die Teilnehmer hoben hervor, wie wichtig die Information der Öffentlichkeit und Konsultationen sowie enge Kontakte zu nichtstaatlichen Organisationen seien, die eine Veranstaltung unmittelbar vor der Sechsten Ministerkonferenz planen würden. Die vereinbarten Zielvorgaben müssten mit denen des Protokolls über Wasser und Gesundheit sowie den zukünftigen Zielen für die nachhaltige Entwicklung harmonisiert werden. Es sei wichtig, Überschneidungen mit anderen Mechanismen zu vermeiden. Geeignete Indikatoren müssten definiert werden; die zugehörigen Daten müssten jedoch leicht im benötigten Format zu sammeln sein.
85. Herr Nies fasste die Diskussion zusammen und holte die Zustimmung der Teilnehmer zu dem vorgeschlagenen Fahrplan, zur Zuständigkeit der Sonderarbeitsgruppe bei der Vorbereitung der Ministerkonferenz und zu dem Umstand ein, dass sich die Ministererklärung auf eine begrenzte Zahl von Prioritäten konzentrieren sollte, vorzugsweise auf solche mit Mehrwert, die anderswo noch nicht abgedeckt sind.

Sonstiges und Abschluss der Tagung

86. Sonstige Angelegenheiten waren nicht zu erörtern.
87. Herr Nies verlas seine zentralen Botschaften von der Tagung, die in Anhang 3 dieses Berichts wiedergegeben sind.
88. Die Sonderarbeitsgruppe hieß Herrn Dragan Gjorgjev (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) als ihren nächsten Vorsitzenden willkommen. Herr Gjorgjev dankte den Mitgliedern für das Vertrauen, dass sie ihm entgegengebracht hätten, und gelobte, die Arbeit der Sonderarbeitsgruppe nach besten Kräften voranzubringen. Die Sonderarbeitsgruppe hieß ferner Herrn Robert Thaler (Österreich) als ihren nächsten Ko-Vorsitzenden willkommen.

Abschluss der Sitzung

89. In Vertretung des Gesundheitsministers von Israel dankte Herr Grotto den Verantwortlichen für die erfolgreiche Durchführung der Tagung, die den Teilnehmern die Möglichkeit geboten habe, ihre Erfahrungen auszutauschen und zu vermeiden, die Fehler anderer zu wiederholen. Als Vertreterin des israelischen Ministeriums für Umweltschutz sagte Frau Netanyahu, die Tagung habe die Kompetenz der internationalen Gemeinschaft im Bereich Umwelt und Gesundheit unter Beweis gestellt. Herr Keiner sagte das weitere Engagement von UNECE für den Prozess Umwelt und Gesundheit zu. Der Prozess werde an der Achten Ministerkonferenz Umwelt für Europa in Batumi (Georgien) im Jahr 2016 teilnehmen.
90. Frau Jakab fasste die Errungenschaften der zweitägigen Tagung zusammen. Sie dankte alle Teilnehmern für ihre Beiträge, die wertvolle politische Botschaften für das WHO-Regionalkomitee für Europa und den Ausschuss für Umweltpolitik von UNECE ergeben würden. Der Prozess Umwelt und Gesundheit biete den Mitgliedstaaten evidenzbasierte Bewertungsinstrumente und normative Orientierung für die Erfüllung der Verpflichtungen in der Erklärung von Parma sowie in internationalen Umweltabkommen und -vereinbarungen. Er sei Partnerschaften mit zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie Jugendorganisationen eingegangen und habe ein hervorragendes Beispiel für die Zusammenarbeit mit anderen Politikbereichen und mit nichtstaatlichen Akteuren gegeben. Letzteres sei ein Umstand, der auf der anstehenden Tagung der Weltgesundheitsversammlung wahrscheinlich eine lebhafte Debatte auslösen dürfte.
91. Der Prozess stehe im Vorfeld der Sechsten Ministerkonferenz vor einer Reihe von Herausforderungen. Er müsse auf der nationalen und regionalen Ebene institutionalisiert werden und den Mitgliedstaaten mehr Möglichkeiten bieten, im Gesamtrahmen oder in subregionalen oder themenspezifischen Untergruppen zu tagen. Die Steuerungsstruktur müsse an sich verändernde Umstände und sichtbar werdende neue Prioritäten angepasst werden. Er müsse seine Außenwahrnehmung auf einer hohen Ebene verbessern, und zwar sowohl global, insbesondere in den Verhandlungen über die Ziele für die nachhaltige Entwicklung, als auch bei anderen Politikbereichen in der Region. Er müsse sich auf unerledigte Aufgaben und verbleibende Prioritäten der Erklärung von Parma konzentrieren und seine neue Agenda entwickeln. Die Vorbereitungen für die Sechste Ministerkonferenz würden sich durch einen inklusiven und effizienten Prozess auszeichnen, der darauf abziele, ein robustes fokussiertes politisches Ergebnis hervorzubringen.
92. Sie dankte Herrn Nies, dem scheidenden Vorsitzenden der Sonderarbeitsgruppe, und wünschte dem zukünftigen Vorsitzenden, Herrn Gjorgjev, viel Erfolg bei seiner Arbeit. Sie dankte den Mitgliedern der Ad-hoc-Gruppe und der Arbeitsgruppe

EHTF-Halbzeitbilanz Haifa, 29. - 30. April 2015

Klimawandel und Gesundheit für ihren großen Einsatz zwischen den Tagungen und brachte die Dankbarkeit aller Anwesenden gegenüber den israelischen Gastgebern für ihre großzügige Gastfreundschaft und die effiziente Organisation der Tagung zum Ausdruck.

93. Am 30. April 2015 um 17:30 Uhr erklärte Herr Nies die Tagung für beendet.

Anhang 1. Tagungszweck

Auf der Fünften Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit in Parma 2010 nahmen die Mitgliedstaaten das Dokument *Der Prozess Umwelt und Gesundheit in Europa (2010–2016): Der institutionelle Rahmen* an. Darin wird unter anderem festgehalten, dass die Europäische Sonderarbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit (EHTF) in der Zeit bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit im Jahr 2016 einmal jährlich tagen wird und dass eine der EHTF-Tagungen eine Halbzeitbilanztagung auf hoher Ebene zur Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa (EHP) und seines institutionellen Rahmens sein wird.

Diese Tagung wird es ermöglichen, über die Erfüllung der Verpflichtungen Bericht zu erstatten, die die Mitgliedstaaten und internationale, zwischenstaatliche sowie nichtstaatliche Organisationen und andere Akteure im EHP eingegangen sind. Sie wird die Fortschritte untersuchen, die Herausforderungen bewerten, mit denen die Mitgliedstaaten noch konfrontiert sind, und Empfehlungen zu prioritären Aktivitäten in der Europäischen Region der WHO abgeben, die durchgeführt werden müssen, um die Verpflichtungen von Parma zu erfüllen.

Die Tagung wird den Mitgliedstaaten und Akteuren auch eine Gelegenheit bieten, Erfahrungen auszutauschen sowie wichtige Errungenschaften und Maßnahmen vorzuzeigen, die zur Erfüllung der Verpflichtungen von Parma ergriffen wurden.

Die Mitgliedstaaten und die Akteure werden ferner die Möglichkeit haben, die Steuerung des EHP und einen Fahrplan für die Zeit bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit zu überprüfen. Sie werden dem WHO-Regionalkomitee und dem Ausschuss für Umweltpolitik von UNECE auch Empfehlungen für notwendige prioritäre Entscheidungen unterbreiten und Beiträge zur Arbeit des Europäischen Ministerausschusses für Umwelt und Gesundheit (EHMB) im Vorfeld der Sechsten Ministerkonferenz leisten.

Auf der Grundlage dieser drei Ziele wird die Halbzeitbilanztagung so angelegt, dass folgende Ergebnisse gewährleistet sind:

- Berichterstattung über die Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtungen durch die Mitgliedstaaten und zwischenstaatliche sowie nichtstaatliche Organisationen und andere Akteure im EHP;
- eine kritische Bewertung von Erfolgen und Schwierigkeiten;
- die Formulierung einer Vereinbarung über Punkte, die Tätigkeitsprioritäten in der Zeit bis zur Sechsten Ministerkonferenz sein sollten;
- eine Gesamtbewertung des Prozesses Umwelt und Gesundheit, die eine Gelegenheit bietet, die wichtigsten bisherigen Erfolge anzuerkennen und – wichtiger noch – Bilanz zu ziehen über die Wirkung des Prozesses; und
- dass Mitgliedstaaten und Akteure einen bedeutsamen Beitrag zu den Vorbereitungen auf die Sechste Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit in Europa leisten.

Anhang 2. Arbeitsprogramm

Dienstag, 28. April 2015	
08:00 - 18:00 Uhr	Exkursion
20.00 Uhr	Begrüßungsempfang
Mittwoch, 29. April 2015	
08:00 - 09:00 Uhr	Anmeldung
09:00 - 10:00 Uhr	<p>Eröffnungssitzung Eröffnung der Halbzeitbilanztagung und Begrüßung der Teilnehmer. Wahl der Tagungsleitung. Annahme der Tagesordnung der Tagung und des Programms. Mit thematischen Einführungen wird der Rahmen für die Halbzeitbilanz abgesteckt.</p> <p><i>Unterlagen:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Liste der Dokumente 2. Tagungszweck 3. Vorläufige Tagesordnung 4. Vorläufiges Programm 5. Vorläufige Teilnehmerliste
10:00 - 10:30 Uhr	Kaffee-/Teepause
10:30 - 12:30 Uhr	<p>Bericht über Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit – Was wurde erreicht? (Tagesordnungspunkt 2)</p> <p>In der Sitzung werden die zentralen Aktivitäten und die erzielten Fortschritte der Mitgliedstaaten und der Akteure im EHP auf der nationalen und internationalen Ebene bei der Erfüllung der Verpflichtungen beleuchtet werden, die sie in der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit eingegangen sind. Das erwartete Ergebnis der Sitzung wird die Formulierung zentraler Aussagen über solche Fortschritte sein.</p> <p><i>Unterlagen:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 6. Die Verbesserung von Umwelt und Gesundheit in Europa: Wie weit sind wir vorangekommen? – Halbzeitbilanzbericht 10. Gesundheitsökonomie und Luftverschmutzung 11. Umsetzung des Handlungsrahmens der Europäischen Region zum Schutz der Gesundheit vor den Folgen des Klimawandels – Ein Statusbericht 12. Das schulische Umfeld: Konzepte und aktueller Stand 13. Human-Biomonitoring: Fakten und Zahlen 14. Auf dem Weg zur Eliminierung asbestbedingter Erkrankungen in der Europäischen Region der WHO
12:30 - 14:00 Uhr	Mittagspause mit Plakatausstellung

<p>14:00 - 16:00 Uhr</p>	<p>Probleme und gewonnene Erkenntnisse – Was waren die Probleme? Welche Erkenntnisse wurden gewonnen? (Tagesordnungspunkt 3)</p> <p>In dieser Sitzung werden auf der Grundlage von Beispielen im Halbzeitbilanzbericht die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit und die dabei gewonnenen Erkenntnisse beleuchtet werden.</p> <p><i>Unterlagen:</i></p> <p><i>6. Die Verbesserung von Umwelt und Gesundheit in Europa: Wie weit sind wir vorangekommen? – Halbzeitbilanzbericht</i></p> <p><i>10. Gesundheitsökonomie und Luftverschmutzung</i></p> <p><i>11. Umsetzung des Handlungsrahmens der Europäischen Region zum Schutz der Gesundheit vor den Folgen des Klimawandels – Ein Statusbericht</i></p> <p><i>12. Das schulische Umfeld: Konzepte und aktueller Stand</i></p> <p><i>13. Human-Biomonitoring: Fakten und Zahlen</i></p> <p><i>14. Auf dem Weg zur Eliminierung asbestbedingter Erkrankungen in der Europäischen Region der WHO</i></p>
<p>16:00 - 16:30 Uhr</p>	<p>Kaffee-/Teepause</p>
<p>16:30 - 18:00 Uhr</p>	<p>Steuerung des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa: Vergangenheit und Zukunft – Wie wurde er gesteuert? (Tagesordnungspunkt 4)</p> <p>In dieser Sitzung wird auf die Probleme des neuen Steuerungsmechanismus des EHP einschließlich seiner Beziehungen zu anderen regionalen Steuerungsmechanismen wie insbesondere solchen der Europäischen Union eingegangen und eine Bestandsaufnahme der bei seiner Umsetzung seit der Konferenz in Parma gewonnenen Erkenntnisse durchgeführt werden. Ferner wird ein Arbeitsdokument erörtert werden, das Vorschläge zur Stärkung des institutionellen Rahmens für den EHP bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit enthält. Schlussendlich werden Änderungen der Geschäftsordnung der EHTF geprüft und angenommen werden.</p> <p><i>Unterlagen:</i></p> <p><i>7. Die Steuerung des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa: gewonnene Erkenntnisse und das weitere Vorgehen</i></p> <p><i>7.1 Entwurf für einen Beschluss der EHTF: Arbeitsauftrag der Ad-hoc-Gruppe und vorgeschlagene Änderungen der Geschäftsordnung der EHTF</i></p> <p><i>9. Vorgeschlagene Änderungen der Geschäftsordnung der EHTF</i></p>

20:00 Uhr	Abendessen
Donnerstag, 30. April 2015	
08:00 - 09:00 Uhr	Anmeldung
09:00 - 10:30 Uhr	<p>Umsetzungsprioritäten bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit – Was muss getan werden? (Tagesordnungspunkt 5)</p> <p>In dieser Sitzung werden aktuelle Umsetzungsdefizite und -lücken ermittelt und erörtert werden, insbesondere in Bezug auf die Erfüllung der in der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit festgelegten fünf zeitgebundenen Ziele und die Verwirklichung der Ziele des Handlungsrahmens der Europäischen Region für Klimawandel und Gesundheit. Ferner werden die Bereiche ermittelt werden, auf die sich die Arbeit bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit wird konzentrieren müssen und in denen konkrete Maßnahmen seitens der Mitgliedstaaten und der Akteure im EHP erforderlich sind.</p> <p><i>Unterlagen:</i></p> <p><i>6. Die Verbesserung von Umwelt und Gesundheit in Europa: Wie weit sind wir vorangekommen? – Halbzeitbilanzbericht</i></p> <p><i>11. Umsetzung des Handlungsrahmens der Europäischen Region zum Schutz der Gesundheit vor den Folgen des Klimawandels – Ein Statusbericht</i></p>
10:30 - 11:00 Uhr	Kaffee-/Teepause
11:00 - 12:30 Uhr	<p>Strategische Partnerschaften für den Prozess Umwelt und Gesundheit in Europa (Tagesordnungspunkt 6)</p> <p>Diese Sitzung wird sich auf die Schwierigkeiten und die Gelegenheiten zur Förderung strategischer Partnerschaften im Bereich Umwelt und Gesundheit in der Region konzentrieren. Insbesondere werden die Integration und die Synergien mit maßgeblichen regionalen und globalen Prozessen wie der Agenda für nachhaltige Entwicklung nach 2015, „Gesundheit 2020“, regionalen multilateralen Umweltabkommen und globalen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel erörtert werden. Ferner wird analysiert werden, wie wirksam die derzeitigen Partnerschaften im Hinblick auf Unterstützung bei der Umsetzung der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit waren. Mögliche Defizite derzeitiger Partnerschaften sollen ermittelt und mögliche zusätzliche Partnerschaften vorgeschlagen werden.</p>
12:30 - 14:00 Uhr	Mittagspause mit Plakatausstellung

14:00 - 15:45 Uhr	Zukünftige Themen und Prioritäten: Fahrplan bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit – Wohin bewegen wir uns? (Tagesordnungspunkt 7) In dieser Sitzung wird der Vorbereitungsprozess für die Sechste Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit eröffnet, die 2017 stattfinden soll. Sie wird ein Forum für eine Diskussion über die wichtigsten Themen im Bereich Umwelt und Gesundheit mit Relevanz für Europa im 21. Jahrhundert bieten. Die wichtigsten Politikprobleme und -rahmen von Bedeutung für den EHP in der Zukunft sollen erörtert werden. Schlussendlich wird die EHTF gebeten werden, das Konzept für den Vorbereitungsprozess für die Sechste Ministerkonferenz und die im Fahrplan beschriebenen Ansätze zu billigen. <i>Unterlagen:</i> <i>8. Fahrplan bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit (2017)</i> <i>Konferenzraumpapier: Ergebnisse der Online-Konsultation zum Fahrplan bis zur Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit (6MKUG))</i>
15:45 - 16:15 Uhr	Kaffee-/Teepause
16:15 - 17:00 Uhr	Abschlusssitzung (Tagesordnungspunkte 8a und 9) In dieser Sitzung werden die wesentlichen Schlussfolgerungen aus der Halbzeitbilanztagung gezogen, die zentralen Botschaften und die Schlussbemerkungen formuliert, der Tagesordnungspunkt Sonstiges behandelt und die Tagung beendet werden.

Anhang 3: Zusammenfassung der zentralen Botschaften von der Tagung durch den Vorsitzenden

Einführung

- An der Halbzeitbilanztagung nahmen fast 200 Vertreter von 37 Mitgliedstaaten und neun maßgeblichen Interessengruppen teil.
- Gastgeber, Redner, Unterstützer, Podiumsteilnehmer, Teilnehmer, der Redaktionsausschuss des Halbzeitbilanzberichts, die Ad-hoc-Gruppe der EHTF und das Sekretariat machten die Veranstaltung zu einem wichtigen Schritt bei der Weiterentwicklung des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa.
- Der musikalische Willkommensgruß der Kinder während der Eröffnungssitzung erinnerte uns an diejenigen, für die der Prozess Umwelt und Gesundheit in Europa ursprünglich konzipiert worden war.
- Die Generaldirektoren des Gesundheitsministeriums und des Ministeriums für Umweltschutz von Israel hießen die Teilnehmer willkommen. Sie berichteten über ihre Arbeit zur Bewältigung der sich in ihrem Land stellenden Herausforderungen im Bereich Umwelt und Gesundheit. Ihre Ausführungen wurden durch die Exkursionen am Dienstag und die Vorstellung des Berichts *Environmental Health in Israel 2014* weiter unterstützt und ergänzt.
- Die WHO-Regionaldirektorin für Europa stellte uns den Tagungszweck und die abzuarbeitende Tagesordnung aus der Sicht der WHO vor.
- UNECE fungierte als Mitausrichter der Veranstaltung und der Direktor der Umweltprogramme der Organisation beschrieb die Chance, den EHP als einen der Mechanismen für die Umsetzung der Agenda für nachhaltige Entwicklung nach 2015 zu positionieren.

Errungenschaften und Umsetzungsdefizite

- Der Halbzeitbilanzbericht, sechs vom Europäischen WHO-Zentrum für Umwelt und Gesundheit in Bonn (Deutschland) ausgearbeitete thematische Berichte, die anlässlich dieser Gelegenheit vom WHO-Regionalbüro für Europa veröffentlicht wurden, und die Erfahrungen, die die Delegationen in der Form von Präsentationen, Videos und Plakaten weitergaben, zeichnen zusammengenommen ein umfängliches Bild von Erfolgen, auf die wir stolz sein können und sollten.
- Diese Erfolge sollten auch als Ansporn dienen, mehr zu tun und dabei noch besser zu sein. Zusätzliche Anstrengungen sind in allen Bereichen vonnöten und besondere Aufmerksamkeit muss den zeitgebundenen Zielen von Parma gewidmet werden.
- Sauberes Trinkwasser und sichere Abwasserentsorgung sind für 90% der Bürger in der Europäischen Region der WHO eine Selbstverständlichkeit, aber 100 Millionen Menschen haben noch keinen Zugang zu diesen beiden Bestandteilen der Grundversorgung. Die Länder in der Europäischen Region der WHO, die sich bemühen, die Millenniums-Entwicklungsziele in Bezug auf die Abwasserentsorgung zu verwirklichen, können mit den globalen Erfolgen nicht Schritt halten.
- Weniger Kinder starben bei Straßenverkehrsunfällen, aber es muss noch viel getan werden, um die Infrastruktur für sichere körperliche Betätigung weiter zu verbessern.
- 38 Länder in der Region haben Rauchen in Schulen verboten. Das bedeutet gleichzeitig, dass 15 Länder diesen Schritt noch nicht vollzogen haben.
- Mit dem 2013 angenommenen Übereinkommen von Minamata zu Quecksilber haben wir ein wichtiges neues Instrument gewonnen, das uns hilft, unsere Kinder vor zu hohen Expositionen gegenüber gefährlichen Chemikalien zu schützen. Aber nur die Hälfte unserer Mitgliedstaaten hat gezielte Programme zur Verringerung der von Chemikalien ausgehenden Risiken für Kinder ergriffen, auch im Rahmen der Pflicht

zur Umsetzung bereits bestehender multilateraler Umweltabkommen wie den Übereinkommen von Basel, Rotterdam und Stockholm.

- 37 Mitgliedstaaten haben alle Formen von Asbest verboten, aber selbst für sie stellen asbesthaltige Abfälle nach wie vor ein Problem dar. 300 Millionen Menschen in der Europäischen Region der WHO leben in Ländern, in denen Asbest noch in Gebrauch ist. Solange dies nicht geändert wird, werden asbestbedingte Krankheiten nicht eliminiert werden können. Die Nutzung von Asbest ist das derzeit wichtigste umstrittene Thema in der Region.
- 32 Mitgliedstaaten haben Bewertungen der gesundheitlichen Anfälligkeit ihrer Bevölkerung für die Folgen des Klimawandels durchgeführt und 22 haben nationale gesundheitsbezogene Anpassungspläne ausgearbeitet. Die Untergruppe Klimawandel und Gesundheit (HIC) der EHTF verfügt über eine beeindruckende Mitgliedschaft von 38 Ländern und fünf Organisationen.
- Die Fortschritte sind ungleich verteilt. Zunehmende Ungleichheiten im Bereich Umwelt und Gesundheit lassen sich erkennen, nicht nur zwischen Ländern in unserer Region, sondern auch innerhalb von ihnen – zwischen Städten und dem ländlichen Raum, zwischen Reichen und Armen. Wir müssen wachsam sein und vermeiden, dass unsere Gesellschaften auseinanderdriften.

Es bedarf anhaltender Anstrengungen

- Die Halbzeitbilanz umfasste eine ehrliche Analyse der Schwierigkeiten, mit denen wir in den letzten fünf Jahren konfrontiert waren, und der unterwegs gewonnenen Erfahrungen, beispielsweise dabei, unsere Schwerpunkte aus der sehr breiten Agenda zu wählen, die für den EHP in Parma festgelegt wurde.
- Die Mitgliedstaaten der Europäischen Region der WHO zeichnen sich durch eine große Vielfalt in Bezug auf ihre Rechtssysteme, ihre sozioökonomische Situation sowie ihre jeweiligen Herausforderungen im Bereich Umwelt und Gesundheit aus, was es zu einer anhaltenden Schwierigkeit macht, den Prozess Umwelt und Gesundheit für alle Mitgliedstaaten relevant zu halten und sich auf gemeinsame Prioritäten zu verständigen. Subregionale Koordinierung, Tagungen und weitere Aktivitäten können potenziell dazu beitragen, diese Probleme zu bewältigen.
- Unsere früheren Erfahrungen zeigen, dass die Einbeziehung des Gesundheits- und des Umweltsektors, von Kommunalbehörden und anderen maßgeblichen Akteuren die wirksamste Vorgehensweise ist. Dies in die Praxis umzusetzen, bleibt eine Herausforderung. Institutionelle Organisationsformen der politikbereichsübergreifenden Zusammenarbeit einschließlich anderer Politikbereiche sind auf der nationalen Ebene häufig nicht vorhanden. Anstrengungen zugunsten von „Umwelt und Gesundheit in allen Politikbereichen“ und aussagekräftige „Indikatoren für den Bereich Umwelt und Gesundheit“ können potenziell helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Themen mit Mehrwert für beide Politikbereiche zu ermitteln und zu verfolgen, ist der Schlüssel dafür, ihre Unterstützung sicherzustellen.
- Die Verantwortlichen müssen schwierige Entscheidungen auf der Grundlage allgemein anerkannter gesellschaftlicher Werte treffen. Geeignete Formate und Kanäle müssen entwickelt werden, um mit Entscheidungsträgern zu kommunizieren und alle einschlägigen Teile der Gesellschaft zu informieren. Ein positiver Ansatz unter Hervorhebung des Nutzens von Verbesserungen im Bereich Umwelt und Gesundheit bietet die besten Aussichten auf eine erfolgreiche Vermittlung unserer Botschaften. Die Verfügbarkeit gesunder und umweltfreundlicher Alternativen ist häufig eine zentrale Voraussetzung, um Botschaften in Aktionen umzusetzen.
- Die Region ist weiterhin mit finanziellen Beschränkungen konfrontiert. Dies macht es wichtiger, Erkenntnisse über die wirtschaftlichen Auswirkungen von Maßnahmen –

und Untätigkeit – im Bereich Umwelt und Gesundheit zu gewinnen und diese Informationen in den Prozess der Politikgestaltung zu integrieren. Geeignete Parameter zu ermitteln, um die wirtschaftlichen Auswirkungen zu messen, bleibt eine Herausforderung. Anlässlich der Halbzeitbilanztagung hat die WHO drei Berichte über die volkswirtschaftlichen Kosten der negativen gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung veröffentlicht. Mehrere andere Veröffentlichungen sind weltweit verfügbar oder werden ausgearbeitet, einschließlich des Projekts eines „Stern-Reports“ im Bereich Umwelt und Gesundheit, wie dies von der Global Alliance on Pollution and Health vorgeschlagen wurde, der sicherlich einen Schub in die richtige Richtung geben würde.

- Mehrere Mitgliedstaaten weisen einen gravierenden Mangel an Ressourcen für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Bereich Umwelt und Gesundheit auf. Die Ausarbeitung neuer Strategien für die Ressourcenmobilisierung ist von entscheidender Bedeutung für den erfolgreichen Fortbestand des Prozesses Umwelt und Gesundheit.
- Der Austausch von Wissen und Informationen, die Weitergabe bewährter Beispiele für gute Praxis, die Förderung des Beitritts zu den wesentlichen multilateralen Umweltabkommen sowie ihrer Umsetzung und die Förderung notwendiger Forschung bleiben zentrale Elemente, um weitere Fortschritte in dem Prozess sicherzustellen.

Schwerpunkte bis zur Sechsten Ministerkonferenz

- Wir müssen uns die ermittelten Defizite und Herausforderungen stets in Erinnerung rufen und unsere Anstrengungen auf die zeitgebundenen Ziele bis 2017 konzentrieren.
- Die Bekämpfung der von Chemikalien ausgehenden Gesundheitsrisiken – wobei die Eliminierung asbestbedingter Krankheiten das drängendste der Ziele von Parma ist – und der von der Luftverschmutzung ausgehenden Gesundheitsrisiken mit ihrem riesigen Tribut in der Form von Todesfällen, Krankheit und volkswirtschaftlichen Kosten sowie weitere Investitionen in Wasserver- und Abwasserentsorgung und die Bekämpfung von Untätigkeit zum Thema Klimawandel und Gesundheit sollten ganz oben auf unserer Agenda stehen.
- Unter Berücksichtigung des Ausmaßes der negativen gesundheitlichen Auswirkungen, des Wissens darüber, was getan werden kann, und der Verfügbarkeit unterstützender Politikinstrumente müssen wir uns auf die Bereiche konzentrieren, wo die Dividenden am größten sein können oder wo die Konsequenzen von Untätigkeit am gravierendsten sind.

Steuerung

- Steuerung ist kein Selbstzweck, aber wir müssen weiter darüber diskutieren, wie wir unsere Steuerungsstruktur gestalten, sodass sie unseren anspruchsvollen Zielen am besten dient.
- Jährliche Tagungen der EHTF sind wesentlich, um die Beteiligung aller Mitgliedstaaten an dem Prozess zu verbessern, sowohl in Bezug auf die Anzahl als auch, was ergriffene Maßnahmen betrifft. In diesem Kontext müssen wir zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die vollständige Teilnahme beider Politikbereiche aus allen Mitgliedstaaten zu erreichen.
- Die von der EHTF in Brüssel 2013 eingerichtete Ad-hoc-Gruppe hat sich als sehr wertvoll erwiesen. Mit breiter Mehrheit wurde beschlossen, ihr Mandat bis zur Sechsten Ministerkonferenz zu verlängern, und es wurde ein neuer Arbeitsauftrag für die Gruppe verabschiedet. Sie beschreiben ihre Rolle bei den Vorbereitungen auf die Sechste Ministerkonferenz und beauftragen sie mit der Entwicklung konkreter Vorschläge für weitere Verbesserungen der Steuerungsstruktur des EHP.

- Die Ad-hoc-Gruppe muss mit der übergeordneten EHTF in Kontakt bleiben. An allen ihren Tagungen werden alle Mitglieder der EHTF teilnehmen können.
- Für die EHTF wurden Änderungen der Geschäftsordnung angenommen. Sie betreffen unter anderem die Verknüpfung mit dem EHMB, eine Klärung der Länge der Amtszeit des Vorsitzenden und des Ko-Vorsitzenden der EHTF und Entscheidungsprozesse auf elektronischem Weg.
- Der Prozess benötigt gestärkte hochrangige politische Unterstützung, sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene. In diesem Kontext müssen weitere Anstrengungen dahingehend unternommen werden, dass der EHMB seine Rolle erfüllt. Wir müssen die Außenwahrnehmung unserer Arbeit weiter verbessern und jede Gelegenheit hierzu nutzen.

Partnerschaften

- Der EHP umfasst eine Reihe zwischenstaatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, deren Arbeit sehr wichtig ist. Die Verknüpfungen zu den maßgeblichen Programmen ihrer Akteure müssen jedoch gestärkt werden. Insbesondere das WHO-Programm „Gesundheit 2020“ und die multilateralen Umweltabkommen und sektorübergreifenden Programme unter der Schirmherrschaft von UNECE und UNEP bieten geeignete Instrumente für die Erfüllung der Verpflichtungen von Parma. Mehrere Mitgliedstaaten haben den Nutzen von Aktivitäten im Rahmen des Protokolls über Wasser und Gesundheit auf der nationalen und der lokalen Ebene hervorgehoben. Alle Mitgliedstaaten sind aufgerufen, diese Instrumente zu unterzeichnen, zu ratifizieren und umzusetzen.
- Große Gemeinsamkeiten bestehen auch zwischen dem EHP und den Zielen für die nachhaltige Entwicklung nach 2015. Der EHP muss sich als ein bedeutendes Instrument für die Umsetzung der Agenda für nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Region der WHO positionieren.
- Internationale Finanzinstitutionen widmen Fragen aus dem Bereich Umwelt und Gesundheit mehr Aufmerksamkeit. Neue Partnerschaften mit diesen Institutionen können möglicherweise unsere Kapazität dafür stärken, bei der Erfüllung unserer Verpflichtungen voranzukommen.
- Auf der nationalen und der lokalen Ebene werden mehr Anstrengungen benötigt, globale und regionale Partnerschaften in konkretes Handeln umzusetzen. Weitere Bemühungen sind auch notwendig, um konkrete Möglichkeiten für engere Zusammenarbeit auszuloten und Synergien aus den Partnerschaften zu erzielen, sowohl bestehenden als auch neu entwickelten.

Vorbereitung der Sechsten Ministerkonferenz und darüber hinaus

- Unsere Arbeit in den nächsten zwei Jahren wird eine Kombination aus zwei Elementen sein müssen: Fokussierung auf die unerledigten Aufgaben und Prioritäten, zu denen wir uns in Parma verpflichtet haben, und die Ausarbeitung und Vorbereitung unserer zukünftigen Agenda. Der Fahrplan zur Sechsten Ministerkonferenz wurde als eine nützliche Grundlage für den zweiten Punkt einstimmig angenommen. Seine erste Komponente besteht aus einem politischen Verhandlungsprozess, der in der Ministererklärung und politischen Verpflichtungen resultieren wird, die von der Sechsten Ministerkonferenz angenommen werden sollen. Die zweite Komponente umfasst eine Reihe thematischer Konsultationen, deren Ergebnisse wiederum eine Grundlage der politischen Verhandlungen bilden werden.
- Bei der Ausarbeitung der neuen Agenda und den Verhandlungen über das Ergebnisdokument der Sechsten Ministerkonferenz werden die Mitgliedstaaten auf

eine begrenzte Zahl klarer und messbarer Ziele konzentriert bleiben müssen, für die wir rechenschaftspflichtig sein sollten und bei denen die Dringlichkeit und der Mehrwert am größten sind. Um die angemessene Unterstützung und die geeigneten Instrumente zu erhalten, um es leichter zu machen, uns auf nationaler und internationaler Ebene auf der Grundlage klarer Projekte zu einigen, werden wir Erklärungen einzelner Mitgliedstaaten dahingehend begrüßen, dass sie sich bereit erklären, Vorreiter bei zentralen Aspekten der zukünftigen Agenda zu sein: Ihre Unterstützung und Führungsstärke werden dazu beitragen, uns auf den richtigen Kurs zu bringen.

- Die EHTF wird die Rolle des zuständigen Organs für die Vorbereitung der nächsten Ministerkonferenz übernehmen und als das Forum für die Verhandlungen über das Ergebnisdokument auf der Grundlage der Beteiligung aller Mitgliedstaaten und Interessengruppen dienen.
- Wenn die in Parma angenommene Steuerungsstruktur geändert werden muss, muss dies in das Ergebnisdokument der nächsten Ministerkonferenz integriert werden.

Schlussbemerkungen

- 27 Jahre nach dem Beginn des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa wurde der Halbzeitbilanz breite Aufmerksamkeit entgegengebracht und fast alle auf der Tagung anwesenden Delegationen nahmen aktiv daran teil. Diese Dynamik ist ein Erfolg per se und sollte aufrechterhalten und bei der zweijährigen Vorbereitung auf die nächste Ministerkonferenz genutzt werden. Sie sollte auch auf die Delegationen übertragen werden, die an der Halbzeitbilanztagung nicht teilnehmen konnten.
- Es war mir ein Vergnügen und eine Ehre, als Vorsitzender der EHTF für den Prozess tätig zu sein. Ich versichere Ihnen, dass der scheidende Vorsitzende weiterhin Unterstützung leisten wird, auch als Mitglied der Ad-hoc-Gruppe.
- Wir alle wünschen Professor Gjorgjev, der jetzt den Vorsitz der Sonderarbeitsgruppe übernimmt, viel Glück, Beharrungsvermögen und Erfolg.

Anhang 4: Teilnehmerliste

Mitgliedstaaten

Albanien

Milva Ekonomi
Stellvertretende Gesundheitsministerin
Gesundheitsministerium
Bulevardi 'Bajram Curri', Nr. 1
1000 Tirana

Alfred Careri
Generalsekretär
Gesundheitsministerium
Bulevardi 'Bajram Curri', Nr. 1
1000 Tirana

Kostanca Shandro
Übersetzerin und Assistentin der
Stellvertretenden Gesundheitsministerin
Gesundheitsministerium
Bulevardi 'Bajram Curri', Nr. 1
1000 Tirana

Armenien

Anahit Aleksandryan
Abteilungsleiterin
Abteilung für Gefahrenstoffe und Abfallpolitik
Ministerium für Naturschutz
Regierungsgebäude 3, Platz der Republik
0010 Eriwan

Aram Petrosyan
Stellvertretender Leiter der Stabsstelle
Gesundheitsministerium, Armenien
Regierungsgebäude 3, Platz der Republik
0010 Eriwan

Aserbaidshan

Arastun Hasanov
Leiter
Nationale Monitoring-Abteilung
Ministerium für Ökologie und natürliche Ressourcen
B. Aghayev Str. 100 A
AZ-1073 Baku

Belarus

Larisa Karpuk
Leitende Sachverständige
Abteilung für Hygiene, Epidemiologie und
Prävention
Gesundheitsministerium
Myasnikova Str., 39
220048 Minsk

Siarhei Sychyk
Direktor
Nationales Wissenschaftlich-Praktisches
Hygienezentrum
Akademicheskaya, 8
220012 Minsk

Dmitry Podoliako
Stellvertretender Leiter
Abteilung für Analyse, staatliche Politik und
Regulierung im Umweltschutzbereich
Ministerium für natürliche Ressourcen und
Umweltschutz der Republik Belarus
Kollektornaya Str., 10
220004 Minsk

Belgien

Fabrice Thielen
Leitender Attaché Umwelt und Gesundheit
Vertreter der Nationalen Kerngruppe Umwelt und
Gesundheit, Föderaler Öffentlicher Dienst
Volks Gesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette
und Umwelt
Place Victor Horta/Victor Hortaplein, 40/10
1060 Brüssel

Michaël Bouquet
Berater/in
Büro des Ministers für Energie, Umwelt und
nachhaltige Entwicklung

Dänemark

Lis Keiding
Medizinische Sonderreferentin
Dänische Gesundheits- und Arzneimittelbehörde
Axel Heides Gade 1
DK-2300 Kopenhagen

Deutschland

Ute Winkler
Leiterin des Referats Prävention,
Eigenverantwortung, Selbsthilfe und
umweltbezogener Gesundheitsschutz
Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstr. 108
10117 Berlin
Karin Höppner
Referentin
Umwelt und Gesundheit, Grundsatzfragen der
Prävention, Selbsthilfe
Bundesministerium für Gesundheit
Rochusstr. 1
53123 Bonn

Alexander Nies
Ministerialdirigent
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit
Robert- Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Birgit Wolz
Referatsleiterin Umwelt und Gesundheit
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit
Robert- Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Martina Wichmann-Bruche
Abteilungsleiterin Arbeit und Soziales
Deutsche Botschaft Tel Aviv
Daniel-Frisch-Str. 3
6473104 Tel Aviv
Israel

Anton Hufnagl
Referent
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit
Robert- Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Hildegard Niemann
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Robert-Koch-Institut
General-Pape-Str. 62 - 66
12101 Berlin

Barbara Werkschkun
Beraterin
Wissenschaftsbüro
Naunynstr. 30
10997 Berlin

Maro Luisa Schulte
Jugenddelegierte
Schleiermacherstr. 21
10961 Berlin

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Dragan Gjorgjev
Hochschulprofessor/Politikberater
Institut für öffentliche Gesundheit
50-ta Divizija 10
1000 Skopje

Rashela Mizrahi
Beraterin des Gesundheitsministers
Gesundheitsministerium
Str. Kosta Novakovik 46 3/3
1000 Skopje

Estland

Aive Telling
Leiterin, Umwelt und Gesundheit und
Chemikaliensicherheit
Abteilung Öffentliche Gesundheit
Ministerium für Soziales
Gonsiori 29
15027 Tallinn

Jelena Tomasova
Stellvertretende Generaldirektorin
Gesundheitsamt
Paldiski mnt 81
10617 Tallinn

Tiiu Aro
Generaldirektor
Gesundheitsamt
Paldiski mnt 81
10617 Tallinn

Finnland

Mikko Paunio
Ministerieller Berater
Abteilung für Wohlfahrts- und Gesundheitsförderung
Gruppe Umweltbezogene Gesundheitsversorgung
Ministerium für Soziales und Gesundheit
Postfach 33
FI-00023 Regierung

Frankreich

Caroline Paul
Leiterin des Büros für äußere Umwelt und
Chemikalienprodukte
Ministerium für Soziales und Gesundheit
Generaldirektion Gesundheit
14, avenue Duquesne
75350 Paris 07 SP

Georgien

Giorgi Somkhishvili
Stellvertretender Minister
Ministerium für Umwelt und Schutz
der natürlichen Ressourcen von Georgien
Guluastraße 6
0114 Tiflis

Nana Gabriadze
Leiterin der Abteilung Umwelt und Gesundheit
Nationales Zentrum für Krankheitsbekämpfung und
öffentliche Gesundheit von Georgien
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
von Georgien
M.-Asatiani-Str. 9
0177 Tiflis

Israel

Arnon Afek
Generaldirektor
Gesundheitsministerium
Jerusalem

David Leffler
Generaldirektor
Ministerium für Umweltschutz
Kanfei-Nesharim-Str. 5
95464 Jerusalem

Sinaia Netanyahu
Leitende Wissenschaftlerin
Ministerium für Umweltschutz
Kanfei-Nesharim-Str. 5
95464 Jerusalem
Itamar Grotto
Direktor
Öffentliche Gesundheitsdienste
Gesundheitsministerium
Yirmiyahustr. 39
91010 Jerusalem

Orna Matzner
Leiterin, Wissenschaftliche Sektion
Ministerium für Umweltschutz
Kanfei-Nesharim-Str. 5
34033 Jerusalem

Shlomo Katz
Direktor, Bezirk Haifa
Ministerium für Umweltschutz
Palyamstr. 15
31334 Haifa

Alon Zaks
Stellvertretender Leiter der Abteilung für natürliche
Ressourcen
Ministerium für Umweltschutz
Kanfei-Nesharim-Str. 5
95464 Jerusalem

Tzur Galin
Direktor Luftgüte und Klimawandel
Abteilung Industrie und Genehmigungen
Ministerium für Umweltschutz
Kanfei-Nesharim-Str. 5
95464 Jerusalem

Tamar Bar-On Mazar
Direktor Asbest und Schadstoffe
Abteilung Industrie und Genehmigungen
Ministerium für Umweltschutz
Kanfei-Nesharim-Str. 5, 95464 Jerusalem

Isabella Karakis
Abteilungsleiterin Umweltepidemiologie
Öffentliche Gesundheitsdienste
Gesundheitsministerium
Jerusalem
Michael Gedalevitz
Gesundheitsbeamter für den südlichen Bezirk
Gesundheitsministerium
Jerusalem

Jonathan Dubnov
Stellvertretende Gesundheitsbeamter für den Bezirk
Haifa
Gesundheitsministerium
Jerusalem

Tamar Berman
Leitender Toxikologe
Öffentliche Gesundheitsdienste
Gesundheitsministerium
Jerusalem

Maya Negev
Mitglied der Fakultät, Dozentin,
Institut für öffentliche Gesundheit
Universität Haifa

Italien

Massimo Cozzone
Leitender Beamter
Direktion für nachhaltige Entwicklung,
Umweltschäden, Europäische Union und
internationale Angelegenheiten
Ministerium für Umwelt-, Landschafts- und
Meeresschutz
Via Cristoforo Colombo, 44, 00147 Rom

Alessandra Burali
Sachverständige
Direktion für nachhaltige Entwicklung,
Umweltschäden, Europäische Union und
internationale Angelegenheiten
Ministerium für Umwelt-, Landschafts- und
Meeresschutz
Via Cristoforo Colombo, 44, 00147 Rom

Alessandra Fidanza
Architektin – Stadtplanerin
Direktion für nachhaltige Entwicklung,
Umweltschäden, Europäische Union und
internationale Angelegenheiten
Ministerium für Umwelt-, Landschafts- und
Meeresschutz
Via Cristoforo Colombo, 44, 00147 Rom

Luciana Sinisi
Leiterin der Abteilung für umweltbedingte
Determinanten von Gesundheit
Italienisches Nationales Institut für
Umweltforschung und Umweltschutz (ISPRA)
Via Vitaliano Brancati, 48, 00144 Rome

Francesca Di Maio
Sachverständige
Umweltbedingte Determinanten von Gesundheit
Italienisches Nationales Institut für
Umweltforschung und Umweltschutz (ISPRA)
Via Vitaliano Brancati, 48, 00144 Rome

Kasachstan

Nazarbek Beisen
Vorsitzender des Ausschusses für die Überwachung
der medizinischen und pharmazeutischen Aktivität
Ministerium für Gesundheitsversorgung und soziale
Entwicklung
Orynbor 8
010000 Astana

Kirgisistan

Asylbek Sydykanov
Stellvertretender Direktor
Staatliche gesundheitliche und epidemiologische
Surveillance
Gesundheitsministerium
Umweltstaatssekretär
Ministerium für Umweltschutz, Raumplanung und
Bauwesen
720060 Bishkek

Artur Buiuklianov
Leiter
Zentrum für staatliche gesundheitliche und
epidemiologische Kontrolle von Bischkek

Asel Raimkulova
Leitender Sachverständiger
Abteilung für Ökologie und Naturbewirtschaftung
Die staatliche Behörde

Kroatien

Krunoslav Capak
Leiter der Abteilung Umwelt und Gesundheit
Kroatisches Institut für Public Health
Rockefellerova 7
10000 Zagreb

Lettland

Jana Feldmane
Geschäftsführende Leiterin des Amtes für öffentliche
Gesundheit
Gesundheitsministerium der Republik Lettland
Brivibas 72
1011 Riga

Litauen

Rimantė Šalaševičiūtė
Gesundheitsministerin
Gesundheitsministerium der Republik Litauen
Vilniausstr. 33
01506 Vilnius

Olita Rusickaite
Administratorin für öffentliche Gesundheit
Zentrum für Gesundheitserziehung und
Krankheitsprävention
Kalvarijustr. 153
08221 Vilnius

Romualdas Sabaliauskas
Direktor
Zentrum für Gesundheitsförderung und
Krankheitsprävention
Kalvarijustr. 153
08221 Vilnius

Malta

Roberto DeBono
Residierender Sachverständiger, Öffentliche
Gesundheit und Sozialmedizin
Amt für Gesundheitsschutz
Ambulanz, Ebene 1
St.-Luke's-Krankenhaus, Guardamangia

Montenegro

Marija Vukčević
Zweite Sekretärin
Mission von Montenegro bei der EU
Rue du Trône 117
1050 Brüssel
Belgien

Nada Pavicevic
Leiterin der Abteilung für internationale
Zusammenarbeit
Ministerium für nachhaltige Entwicklung und
Tourismus
Ul. 4. juli 107/1 – 100
81000 Podgorica

Niederlande

Brigit Staatsen
Nationales Institut für öffentliche Gesundheit und
Umwelt (RIVM)
Postfach 1
3720 BA Bilthoven

Joris van der Voet
Management-Team Direktion Sicherheit und
Risiken
Ministerium für Infrastruktur und Umwelt
Plesmanweg 1 - 6
2597 JG Den Haag

Norwegen

Vigdis Roenning
Direktorin für Grundsatzpolitik
Königliches Ministerium für Gesundheit und
Pflagedienste
Teatergata 9
0030 Oslo

Preben Ottesen
Abteilungsleiter
Norwegisches Institut für öffentliche Gesundheit
Postfach 4404 Nydalen
0403 Oslo

Kjetil Bordvik
Leitender Berater
Königliches Ministerium für Gesundheit und
Pflagedienste

Österreich

Sonja Spiegel
Abteilung III/5 - Strahlenschutz
Bundesministerium für Gesundheit
Radetzkystraße 2
1030 Wien

Polen

Wojciech Hanke
Stellvertretender Direktor
Institut für Arbeitsmedizin, Nationaler Berater für
Umwelt und Gesundheit
Gesundheitsministerium von Polen
ul. Św. Teresy 8
91-348 Lodz

Bożena Adamska
Beraterin des Ministers, Abteilung für den Schutz
der Luftqualität, Umweltministerium von Polen
ul. Wawelska 52/54
00-922 Warsaw

Małgorzata Wejtko
Leiterin der Abteilung für den Schutz der
Luftqualität, Umweltministerium von Polen

Portugal

Alexandra Carvalho
Generalsekretärin
Ministerium für Umwelt, Raumplanung
und Energie
Rua de O Seculo, 63, 2. Stockwerk
1200-433 Lissabon

Republik Moldau

Lazar Chirica
Stellvertretender Minister
Umweltministerium der Republik Moldau
9, Cosmonautilorstr.
MD 2005 Chisinau

Virginia Bilici
Beratende Referentin in der Abteilung für Analyse,
Überwachung und Politikbewertung
Umweltministerium der Republik Moldau
9, Cosmonautilorstr.
MD 2005 Chisinau

Rumänien

Alexandru Rafila
Persönlicher Berater für Gesundheitspolitik des
Gesundheitsministers
Gesundheitsministerium
Cristian Popisteanu 1-3
Bukarest

Raluca Puiu
Ministerberaterin
Gesundheitsministerium
Bukarest

Schweiz

Pierre Studer
Leiter der Delegation der Schweiz
Leitender Trinkwasserregulierer
Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Abteilung Lebensmittel und Ernährung
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

Damiano Urbinello
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit
Gesundheitsstrategien
Innovation Projekte
Schwarzenburgstrasse 161
3003 Bern

Sabine Unternährer
Politische Beraterin
Eidgenössisches Departement für Auswärtige
Angelegenheiten
Abteilung Sektorielle Aussenpolitiken
Bundesgasse 28
3003 Bern

Serbien

Milutin Stanojevic
Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter
Botschaft der Republik Serbien
Bodenheimerstr. 10
62008 Tel Aviv
Israel

Branislava Matic Savicevic
Leiterin der Abteilung Umwelt und Gesundheit und
Schulhygiene
Institut für öffentliche Gesundheit von Serbien
Dr Subotica 5
11000 Belgrad

Biljana Filipović
Leiterin der Abteilung für internationale
Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung,
Abteilung Internationale Zusammenarbeit und
europäische Integration
Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz
Omladinskih brigade 1
11070 Novi Belgrade

Slowakei

Katarina Halzlova
Leiterin
Abteilung Umwelt und Gesundheit
Staatliche Gesundheitsbehörde der Slowakischen
Republik
Trnavska cesta 52
826 45 Bratislava

Spanien

Ruben Moreno Palangues
Generalsekretär für Gesundheit und
Verbraucherangelegenheiten
Ministerium für Gesundheit, soziale Dienste und
Gleichstellung
Paseo del Prado 18-20
Planta baja, esquina con Lope de Vega
28014 Madrid

Maj-Britt Larka Abellan
Stellvertretende Generaldirektorin Luftgüte und
Umweltqualität und -bewertung in
Industriegebieten
Ministerium für Landwirtschaft, Nahrungsmittel
und Umwelt
Madrid

Tadschikistan

Kholmakhmad Nazarov
Stellvertretender Leiter
Staatlicher Hygiene- und Epidemiologie-
Kontrolldienst
Ministerium für Gesundheit und soziale
Absicherung der Bevölkerung
Chapaevastr. 8
734025 Duschanbe

Tschechische Republik

Růžena Kubínová
Direktorin für die Überwachung von Umwelt und
Gesundheit
Staatliches Institut für öffentliche Gesundheit
Srobarova 48
10042 Prag

Turkmenistan

Bahargul Agayeva
Leiterin, Abteilung für Medizinstatistik
und Gesundheitsinformationen
Ministerium für Gesundheit und
Medizinprodukteindustrie von Turkmenistan
20 Archabil, 744036 Ashgabat

Guzaliya Gazizova
Leiterin der Abteilung Staatliche
Hygieneüberwachung
Staatlicher Hygiene-/Epidemiologiedienst des
Ministeriums für Gesundheit und
Medizinprodukteindustrie von Turkmenistan
20 Archabil, 744036 Ashgabat

Ungarn

Anna Margit Paldy
Stellvertretende Generaldirektorin
Nationales Institut für Umwelt und Gesundheit
Albert Flórián út 2-6, 1097 Budapest

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

Louise Newport
Wissenschaftspolitische Grundsatzreferentin
Klimawandel, nachhaltige Entwicklung und
extreme Wetterereignisse
Gesundheitsministerium
79 Whitehall
London SW1A 2NS

Vertreter von Interessengruppen

ECO FORUM

Sascha Gabizon-Kranendonk
Internationale Direktorin
WECF (Women in Europe for a Common Future)
Korte Elisabethstraat 6
3511 JG Utrecht, Niederlande

Chantal Van den Bossche
Kommunikationsmanagerin
WECF (Women in Europe for a Common Future)
Korte Elisabethstraat 6
3511 JG Utrecht
Niederlande

Natasha Dokovska Spirovska
Koordinatorin
WECF (Women in Europe for a Common Future)
Venijamin Macukovski 2A-3/16
1000 Skopje
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Olga Podosenova
Programmkoordinatorin
NGO Planet of Hopes
15/-61 Kuchishvili-Straße
620027 Ekaterinburg
Russische Föderation

Olga Ponizova
Direktorin
EcoAccord/European Eco-Forum
37-61 Sheremetievskaya-Straße
127521 Moskau
Russische Föderation

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Christoph Hamelmann
Leiter, Regionalteam Gesundheit und Entwicklung
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
Istanbul
Türkei

Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)

Jan Semenza
Leitende Sachverständige
Europäisches Zentrum für die Prävention und die
Kontrolle von Krankheiten
Tomtebodavagen 11A
171 83 Stockholm
Schweden

Health and Environment Alliance (HEAL)

Marie-Christine Dewolf
Vizepräsidentin von HEAL
Projektleiterin, Umwelt und Gesundheitsrisiko-
bewertung, Hainaut Vigilance Sanitaire Hygiène
Publique en Hainaut
Bd. Saintelette, 55
7000 Mons
Belgien

Arye Vanger
Abteilungsleiterin Luftgüte und Energie
Israelische Union für Umweltverteidigung
(Adam Teva V'Din)
48 Yehuda Halevy St.
Tel Aviv
Israel

Indre Butiene
Mitglied des Exekutivausschusses von HEAL
Stellvertretende Dekanin für Entwicklung und
Internationale Angelegenheiten
Fakultät für Gesundheitswissenschaften
Universität Klaipeda
H. Mantostr.84
LT-92294, Klaipeda
Litauen

Sarit Caspi-Oron
Leiterin der Abteilung Wasser, Chemikalien und
Gesundheit
Israelische Union für Umweltverteidigung
48 Yehuda Halevy St., Tel Aviv, Israel

Ruth Ostrin
Direktorin
Umwelt- und Gesundheitsfonds
11 Rivka St.
Jerusalem 9346117
Israel

Jugendbündnis für Umwelt und Gesundheit in Europa (EEHYC)

Iulian-Adrian Vasnic
Präsident
EEHYC
55 Sunningdale Avenue
TW13 5JR Hanworth
Middlesex
Vereinigtes Königreich Großbritannien und
Nordirland

Natalia Ciobanu
Mitglieder des Beratenden Ausschusses
EEHYC
Chisinau
Republik Moldau

Dovilė Adamonytė
Vizepräsidentin
EEHYC
Vilnius
Litauen

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Nils Axel Braathen
Leitender Administrator
Umweltdirektion der OECD
2 rue André-Pascal
75775 Paris Cedex 16
Frankreich

Regionales Umweltzentrum (REC)

Mihallaq Qirjo
Direktor des Landesbüros
Regionales Umweltzentrum für Mittel- und
Osteuropa (REC)
St. Ismail Qemali, Nr. 27
1000 Postfach 127
Tirana
Albanien

Anita Kocic
Sachverständige
Umwelt und Gesundheit
Regionales Umweltzentrum für Mittel- und
Osteuropa (REC)
Ady Endre ut 9-11
2000 Szentendre, Ungarn

Eva Csobod
Leitende Sachverständige
Umwelt und Gesundheit
Regionales Umweltzentrum für Mittel- und
Osteuropa (REC)
Ady Endre ut 9-11
2000 Szentendre
Ungarn

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Wondwosen K. Asnake
Programmleiter
11-13 Chemin des Anémones
1219 Chatelaine, Genf
Schweiz

UNEP/BRS

Katarina Magulova
Programmleiterin
UNEP-Sekretariat der Übereinkommen von Basel,
Rotterdam und Stockholm
Chemin des Anémones 11-15
CH-1219 Chatelaine, Genf
Schweiz

Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE)

Marco Keiner
Direktor
Abteilung für Umwelt
Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für
Europa
Palais des Nations
1211 Genf 10
Schweiz

Sarangoo Radnaaragcha
Referentin für Umweltfragen
Umweltabteilung
Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für
Europa
Palais des Nations
1211 Genf 10
Schweiz

Weltgesundheitsorganisation

Regionalbüro für Europa

Zsuzsanna Jakab
Regionaldirektorin
WHO-Regionalbüro für Europa
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen
Dänemark

Elizabet Paunović
Büroleiterin
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

Guenaël Rodier
Leiter
Abteilung Übertragbare Krankheiten,
Gesundheitssicherheit und Umwelt
WHO-Regionalbüro für Europa
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen
Dänemark

Roberto Bertollini
Leiter
Büro der WHO bei der Europäischen Union
UN House
14, rue Montoyer
B-1000 Brüssel
Belgien

Srdan Matic
Koordinator, Umwelt und Gesundheit
Abteilung Übertragbare Krankheiten,
Gesundheitssicherheit und Umwelt
WHO-Regionalbüro für Europa
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen
Dänemark

Francesca Racioppi
Leitende politische Beraterin und Programmberaterin
Abteilung Übertragbare Krankheiten,
Gesundheitssicherheit und Umwelt
WHO-Regionalbüro für Europa
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen
Dänemark

WHO-Hauptbüro

Ivan Ivanov
Gruppenleiter, Arbeitnehmersundheit
Abteilung für öffentliche Gesundheit,
umweltbedingte und soziale Determinanten von
Gesundheit
WHO-Hauptbüro
20, avenue Appia
1211 Genf
Schweiz

WHO-Regionalbüro für Südostasien

Lesley Onyon
Regionalbeauftragte
Arbeitsschutz und Chemikaliensicherheit
WHO-Regionalbüro für Südostasien
World Health House, I.P. Estate
New Delhi 110002
Indien

Ständiger Ausschuss des WHO-Regionalkomitees

Alex Leventhal
Mitglied des Ständigen Ausschusses des
WHO-Regionalkomitees
Leiter, Abteilung für internationale Beziehungen
Gesundheitsministerium
39 Yirmiyahu St.
Jerusalem 91010
Israel

Ausschuss für Umweltpolitik von UNECE

Elisabete Quintas Da Silva
Vorsitzende des Ausschusses für Umweltpolitik von
UNECE
Büro des Ministers für Regionale Entwicklung
Attaché des Premierministers
Rua Professor Gomes Teixeira, 2-8
1399 -022 Lisbon
Portugal

Beobachter

WHO-Kooperationszentren

Tiina Ikäheimo
Stellvertretende Direktorin
WHO Collaborating Centre in Global Change,
Environment and Public Health
Zentrum für Umwelt- und
Atemgesundheitsforschung, Universität Oulu
Postfach 5000
FI-90014 Universität Oulu, Oulu
Finnland

David Russell
Direktor
Zentrum für Strahlung, chemische und
Umweltgefahren
WHO-Kooperationszentrum für das Public-Health-
Management von Chemieunfällen
Western Avenue
CF5 2YB Wales
Vereinigtes Königreich Großbritannien und
Nordirland

Global Alliance on Health and Pollution

Richard Fuller
Präsident
Blacksmith Institute/Pure Earth
475 Riverside Drive Suite 860
New York, NY 10115
Vereinigte Staaten von Amerika

No Excuse Slowenien

Tomaz Gorenc
Sachverständiger
No Excuse Slowenien
Gregorčičeva 7
1000 Ljubljana
Slowenien

Europäisches Gesundheitsnetzwerk Südosteuropa (SEEHN)

Petar Bulat
Stellvertretender Dekan
Universität Belgrad, Institut für Medizin
Deligradska 29
11000 Belgrad
Serbien

Weltbank

Jostein Nygard
Programmleiter
Weltbank
1818 H Street
Washington DC 20433
Vereinigte Staaten von Amerika

Berater auf Zeit

Luca Carra
Partner bei Zadig Ltd
Mailand
Italien

Michal Krzyzanowski
Warschau
Polen

WHO-Sekretariat

Philip Baumann
IKT-Fachmann
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

Bettina Menne
Programmleiterin
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

James Creswick
Fachreferent
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

Sandra H. Neale
Kommunikationsberaterin
WHO-Regionalbüro für Europa
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen
Dänemark

Marina Hansen
Programmassistentin
WHO-Regionalbüro für Europa
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen
Dänemark

Anna Roepstorff
Fachassistentin
WHO-Regionalbüro für Europa
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen
Dänemark

EHTF-Halbzeitbilanz Haifa, 29. - 30. April 2015

Marie-Eve Heroux
Fachreferentin
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

Cristiana Salvi
Kommunikationsreferentin
WHO-Regionalbüro für Europa
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen
Dänemark

Dorota Jarosinska
Programmleiterin
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

Oliver Schmoll
Programmleiter
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

Edith Kimotho
Assistentin
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

Christian Schweizer
Fachreferent
Abteilung Übertragbare Krankheiten,
Gesundheitssicherheit und Umwelt
WHO-Regionalbüro für Europa
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen Ø, Dänemark

Marco Martuzzi
Programmleiter
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

Julia Solovieva
Verwaltungsreferentin
Europäisches Zentrum der WHO für Umwelt und
Gesundheit
Platz der Vereinten Nationen 1
53113 Bonn
Deutschland

Berichterstatteerin

Teresa Lander
Twain Cottage
Church Road
Doynton BS30 5SU
Vereinigtes Königreich Großbritannien und
Nordirland

Israelische Teilnehmer

Yair Amikam Stellvertretender Generaldirektor für Information und Internationale Beziehungen Gesundheitsministerium	Revital Mimran Gesundheitsministerium
Rani Amir Ministerium für Umweltschutz	Aya Pacht Aufsichtsbeamter, Genehmigungen für Gefahrenstoffe Ministerium für Umweltschutz
Oron Asaraf Fahrer des Generaldirektors Ministerium für Umweltschutz	Galit Palzur Direktor der Abteilung Ökonomie und Normen Ministerium für Umweltschutz
Liora Avrishmi Abteilung für internationale Beziehungen Gesundheitsministerium	Reut Rabi Leitender Koordinator für Energie und Luftgüte Ministerium für Umweltschutz
Orna Bergerson Stellvertretende Leitende Wissenschaftlerin Ministerium für Umweltschutz	Raanan Raz Abteilung für Umweltepidemiologie Gesundheitsministerium
Galit Cohen Stellvertretende Generaldirektorin für Politik und Planung Ministerium für Umweltschutz	Shay Reicher Risikomanagement Nationale Nahrungsmittelaufsicht Gesundheitsministerium
Dikla Dahan Stellvertretende Direktorin, Öffentliche Gesundheitsdienste Gesundheitsministerium	Shmuel Rishpon Gesundheitsbeamter für den Bezirk Haifa Gesundheitsministerium
Milka Dunchin Israelisches Gesunde-Städte-Netzwerk	David Rubin Bereichsleiter, Abwasserbehandlungstechnologien Ministerium für Umweltschutz
Ronit Endevelt Leiter der Ernährungsabteilung Gesundheitsministerium	Zila Saddon Gesundheitsministerium
Yaniv Gal Amt des Leitenden Wissenschaftlers Ministerium für Umweltschutz	Iris Safari Koordinatorin für die Prävention der Meeresverschmutzung durch industrielle Abwässer Ministerium für Umweltschutz
Michal Goldberg Rechtsberater Umwelt und Gesundheit Gesundheitsministerium	Rivka Sheffer Gesundheitsbeamter für den Bezirk Tel Aviv Gesundheitsministerium
Or Goldfar Stellvertretender Leiter Wirtschaft Ministerium für Umweltschutz	Einav Shimron Sprecherin Gesundheitsministerium

EHTF-Halbzeitbilanz Haifa, 29. - 30. April 2015

Manfred Green
Rektor des Instituts für öffentliche Gesundheit
Universität Haifa

Gili Shem Tov
Sprecheramt

Sonia Habib
Stellvertretende Gesundheitsbeamtin für den Bezirk
Haifa
Gesundheitsministerium

Nurit Shtork
Ministerium für Umweltschutz

Ofra Havkin
Gesundheitsbeamtin für den Zentralbezirk
Gesundheitsministerium

Chen Stein Zamir
Gesundheitsbeamter für den Bezirk Jerusalem
Gesundheitsministerium

Elad Hochman
Green Course

Ami Talmor
Leitender Finanzbeamter
Ministerium für Umweltschutz

Lila Jacob
Leiterin der Abteilung Umwelt und Gesundheit
Gesundheitsamt für den Bezirk Haifa
Gesundheitsministerium

Aviva Trehtman
Stellvertretende Leiterin der Abteilung für Luftgüte
Ministerium für Umweltschutz

Shira Kislev
Stellvertretende Leiterin F&E
ECSA

Tahel Yashfe
Abteilung für internationale Beziehungen
Ministerium für Umweltschutz

Levana Kordova-Biezuner
Wissenschaftliche Direktorin der Abteilung für das
Nationale Luftgüteüberwachungsnetzwerk
Ministerium für Umweltschutz

Assaf Yazdi
Berater des Generaldirektors
Ministerium für Umweltschutz

Hadas Magen Molho
Direktor, Abteilung für internationale Beziehungen
Ministerium für Umweltschutz

Dorit Zis
Direktorin, Nordbezirk
Ministerium für Umweltschutz

**Das WHO-Regionalbüro
für Europa**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist eine 1948 gegründete Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die sich in erster Linie mit internationalen Gesundheitsfragen und der öffentlichen Gesundheit befasst. Das WHO-Regionalbüro für Europa ist eines von sechs Regionalbüros, die überall in der Welt eigene, auf die Gesundheitsbedürfnisse ihrer Mitgliedsländer abgestimmte Programme durchführen.

Mitgliedstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belarus
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
Ehemalige jugoslawische
Republik Mazedonien
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Israel
Italien
Kasachstan
Kirgisistan
Kroatien
Lettland
Litauen
Luxemburg
Malta
Monaco
Montenegro
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Republik Moldau
Rumänien
Russische Föderation
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tadschikistan
Tschechische Republik
Türkei
Turkmenistan
Ukraine
Ungarn
Usbekistan
Vereinigtes Königreich
Zypern

Original: Englisch

**Weltgesundheitsorganisation
Regionalbüro für Europa**

UN City, Marmorvej 51, DK-2100 Kopenhagen Ø, Dänemark

Tel.: +45 45 33 70 00 | Fax: +45 45 33 70 01

E-Mail: ceh@euro.who.int

Website: www.euro.who.int